INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 333

25. Mai 1995

BERLINER AKTIONSTELEFON Telefon: 3943023
Besetzt am Freitag von 16.00-2.00 Uhr und Samstag von 16.00-2.00 Uhr.
Das BAT ist am Donnerstag, den 25.5.95 von 15.00-1.00 Uhr besetzt. Im Zuge des alljährlichen Männerbesäufnisses (Vatertag) kam es in den vergangenen Jahren an diesem Tag häufig zu Pöbeleien und Übergriffen. Mach die Augen auf und laßt euch nichts bieten!

Inhalt:

Ordner

Der Umbau des blauen Salons ist abgeschlossen. Ab dem 22.5.95 kann er wieder von Gruppen genutzt werden! Schlüssel und Anmeldung im Büro, Mehringhof, Gneisenaustraße 2a.

DISCO
SAMSTAG 27. MAI
ab 22 Uhr
YORCKSTR. 59 HH
2. Stock





Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

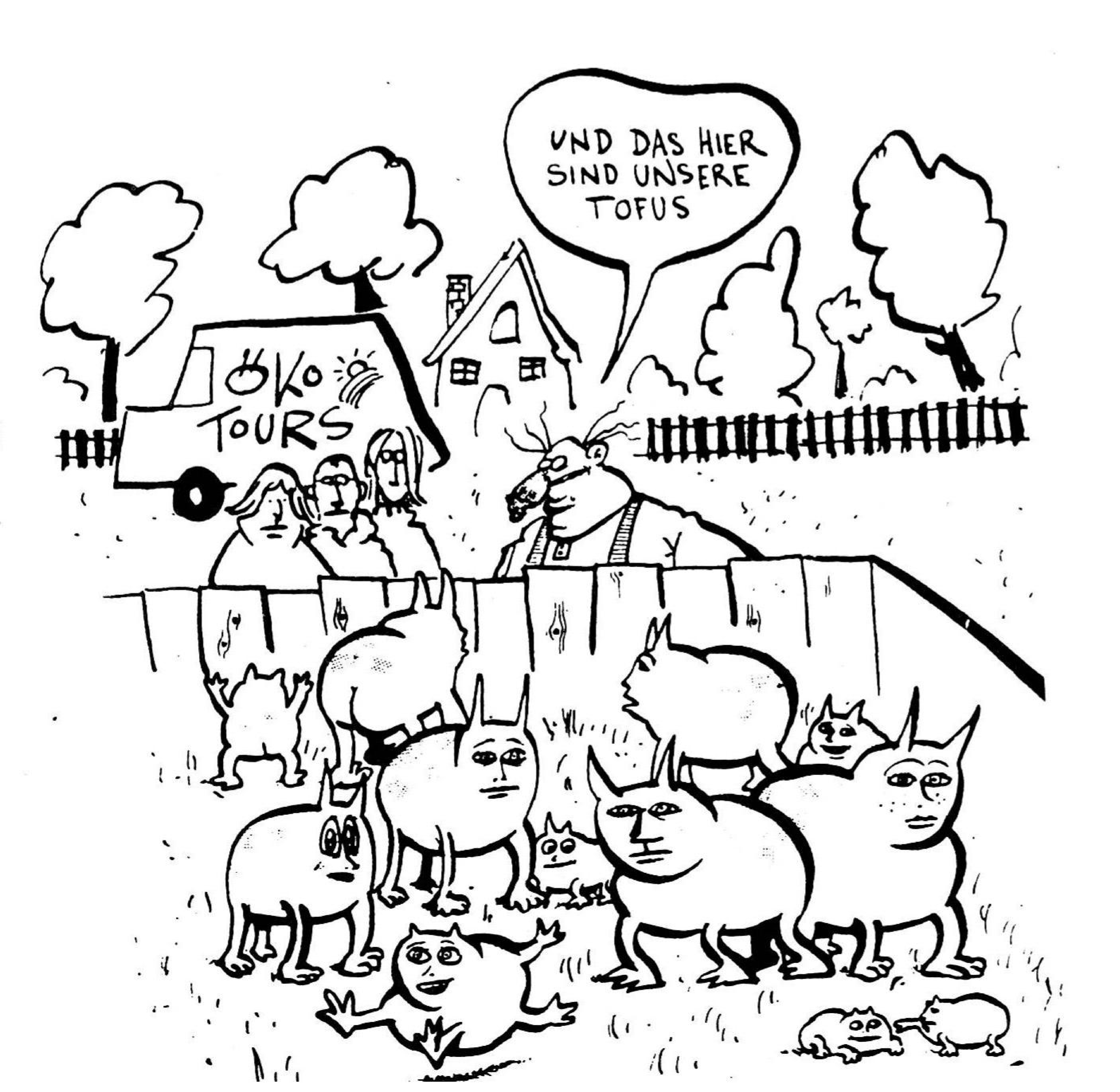
Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.

BEIM BESUCH AUF DEM BIOBAUERNHOF ERWARTETE DIE VEGETARIERINNEN UND VEGANERINNEN EINE BÖSE ÜBERRASCHUNG



Information der Soligruppe Gunther Mainz/Wiesbaden

Vor einem Jahr wurde Gunther, ein Wiesbadener Antifaschist, zu 2 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt.

Zur Erinnerung: Er soll am 6.1.1993 mit unbekannten anderen ein Treffen der damals schon verbotenen rechtsextremen DA (Deutsche Alternative) angegriffen haben.Dabei wurden Autos demoliert und zwei Faschisten leicht verletzt.Der Revisionsantrag wurde abglehnt und Gunther hatte nun seinen Haftantritt am Dienstag, 18.4.1995.

Wir brauchen viel Geld für Gerichtskosten, Anwalt, laufende Kosten usw. usf.

Deshalb rufen euch auf Geld zu spenden oder aber einen Dauerauftrag von z.B. 10 DM einzurichten.

Wiesbadener Volksbank, BLZ 510 900 00, Konto 14926518, Kennwort Gunther

Solidaritätsgruppe Gunther
c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

Beate ist in U-Haft!

ZUR ERINNERUNG: IM ZUSAMMENHANG MIT DEM VEREITELTEN ANSCHLAG AUF DEN IM BAU BEFINDLICHEN ABSCHIEBEKNAST IN GRÜNAU FAHNDETEN DIE BULLEN IN DEN ERSTEN TAGEN NACH DREI MÄNNERN UND EINER FRAU. BEATE STELLTE SICH IN BEGLEITUNG IHRER ANWÄLTIN, ALS SIE IHR FOTO ALS EINE DER MUTMAßLICHEN TÄTERINNEN IN DER ZEITUNG ABGEBILDET SAH.

DIE BULLEN MUßTEN SIE NOCH AM SELBEN TAG ENTLASSEN, DA SIE NICHTS GEGEN SIE VORBRINGEN KONNTEN.

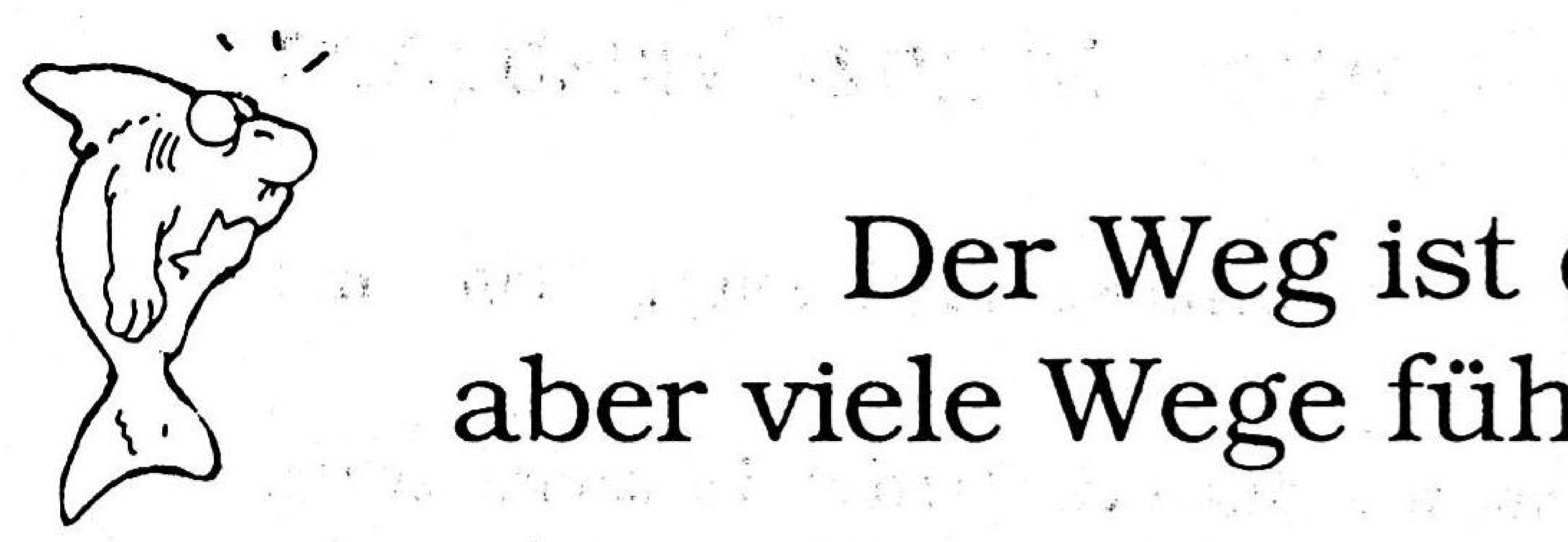
AM DONNERSTAG, DEN 18.05.95 WURDE SIE ZU EINER GEGENÜBERSTELLUNG ZITIERT. EIN ANGEBLICHER ZEUGE WILL SIE WIEDERERKANNT HABEN ALS EINE FRAU, DIE SICH VOR MONATEN IN DER NÄHE DES ABSCHIEBEKNASTES AUFGEHALTEN HABEN SOLL.

AM FREITAG DEN 19.5. WURDE SIE DEM HAFTRICHTER VORGEFÜHRT, DER DIE U-HAFT VERHÄNGTE. SIE IST JETZT IN DER PLÖTZE (FRAUENHAFTANSTALT PLÖTZENSEE, FRIEDRICH-OLBRICHT-DAMM).

WAS DIE BUNDESANWALTSCHAFT DAMIT BEZWECKT - OB "DIE SZENE VERUNSICHERT" WEREN SOLL ODER SIE SELBST KONFUS WERDEN - BLEIBT ERSTMAL IHR GEHEIMNIS. DER BUNDESANWALT VERWEIGERTE DAZU DIE AUSSAGE.
WIR SCHEIßEN AUF DIE BAW UND GRÜßEN BEATE AUF HERZLICHSTE!!!

FREUNDINNEN UND FREUNDE





Der Weg ist das Ziel - aber viele Wege führen nach Utopia



Die folgenden Überlegungen entstanden unter dem Eindruck der bisherigen Ereignisse des Jahres 1995: der vielfältigen Aktionen gegen den Castor im Wendland, mit einer inzwischen geradezu wieder untypisch großen Beteiligung und einer Einheit zwischen "militantem" und "gewaltfreiem" Widerstand[1]. Zwei Kongresse von bedeutender Thematik: der "Autonomie-Kongress" der undogmatischen Linken im April in Berlin, der "HausbesetzerInnen-Kongress" in Leipzig im Mai. Dazu verschiedenste gelungene Aktionen wie am 30.04./01.05. in Berlin und Hamburg, verschiedene Demonstrationen/ Kundgebungen mit einer überdurchschnittlich "hohen" Beteiligung (Antifa-Demo 29.01.95 Berlin 5000 Leute, Kundgebung gegen Burschenschaftler Tübingen 01.05.95 2000 Leute, Anti-Atom-Demo 13.05.95 Hannover >10.000 Leute)[2]. Jedoch kann und darf die gesamte Palette der aufgezählten Highlihgts eines ereignisreichen Frühjahrs nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dringend geboten ist, am Polit- und Aktionsstil einiges grundlegend zu ändern, um aus der allgemeinen Sprach- und Perspektivlosigkeit auszubrechen.

"Stillstand ist das Ende von Bewegung!"[3]. Unser derzeitiger Polit- und Aktionsstil, wie er sich im allgemeinen präsentiert und manifestiert, kann nur als festgefahren bezeichnet werden.
Diese These wollen wir an einigen Beispielen konkretisieren: die beiden "Kongresse" - der "Autonomie-Kongress"[4] über Inhalte und Formen einer Bewegung, der "HausbesetzerInnen-Kongress"[5] über Hausbesetzung als Mittel autonomer Politik -, können in ihrem Verlauf als symptomatisch für die derzeitige, allgemeine Theorie und Praxis linksradikaler, autonomer Politik gewertet werden.
Um den Anspruch an diese beiden, schon im Vorfeld an mangelnder breiter inhaltlicher Vorbereitung kränkelnden Projekte, bewußt hoch zu hängen:
die Chance zu einer umfassenden Analyse, nicht etwa rein global, sondern scenebezogen, wurde vertan. Daß einer nicht erfolgten Analyse dann im allgemeinen auch keine Konsequenzen folgen, ist nur logisch.
Zunächst einmal besaß der Autonomie-Kongress natürlich völlig andere Dimensionen. Das Themenfeld war extrem weitgesteckt, weil kein SpezialistInnentreffen, sondern als allgemeiner Kirstalisationspunkt gedacht. Die Chance des individuellen Lernprozesses, des Erfahrungsaustauschs und einer weiteren Sensibilisierung für verschiedenste Unterdrückungen/ Thematiken (Patriachat=als Typ/ Veganismus=als TierproduktkonsumentIn) war somit gegeben und wurde genutzt.
Wozu es aber bei beiden niemals kam und auch niemals kommen konnte, war ein kollektiver Lernprozeß, der Anstoß zu einem Neubeginn, ein Aufbruch zu neuen Ufern, das Einschlagen eines neuen Weges kraft der Erfahrung des alten. Entscheidende Fragestellungen für die Perspektiven einer Bewegung wurden nicht nur nicht aufgegriffen, nein: sie wurden gar nicht erst formuliert noch eingefordert! Haben wir uns denn nichts mehr zu sagen? Es soll hier nicht um ein destruktives Lamentieren über die vermeintliche Krise der Linken im allgemeinen und linksradikaler Politikansätze im Speziellen gehen. Alles Quatsch! Erfolgversprechende Ansätze gibt es und gab es immer. Wir müssen uns nur wieder mehr "bewegen", also die Probleme auf den Tisch packen, sie rational und wertfrei, fern von eingefahrenen Denkschablonen betrachten - und dann auch selbsttätig unsere Konsequenzen ziehen, um den Stillstand zu beenden, anstatt ihn lethargisch auszuhalten. Eine Reflexion des Geschehens, eine "Aufarbeitung" der eigenen Geschichte, von mir aus eine "Nabelschau" ist wichtig und richtig. Aber dann muß auch wieder der Wechsel vom Bauch zum Kopf erfolgen.
Eine Arbeitsgruppe, die konstatiert, daß ihre Projekte aus den und den Gründen gescheitert, oder autonome Politik(-formen) zwar unverbindlich und schlecht seien, sie aber auch keine alternativen Ansätze hätten, auf die ist geschissen[6].
Was wollen die Autonomen 1995 eigentlich sein - eine "Protestbewegung", ereignisbezogen ihren Unmut und Ablehung kundtuend, eine in "Sektionen" unterteilte Bewegung, sich ausschließlich auf Spezialgebiete (z.B. Antifa) konzentrierend, reduziernd, von anderen Kämpfen isoliert zum Selbstzweck verkommend, eine Widerstandslegitimität, "die mehr auf ein schlechtes bürgerliches/linkes Gewissen abzielt, denn auf die Faszination und Ausstrahlungskraft widerständischen Lebens[7]" oder doch sehr wohl eine Bewegung mit "revolutionärem" Anspruch, die die Verhältnisse auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Tanzen bringen will?

---

[1] vgl. interim Nr. 330, atom Nr. 41 "17 Jahre in Bewegung - Rückblick und Diskussion"

[2] bei diesen Zahlen geht es nicht um eine qualitativ-quantitive Bewertung von "Widerstand und Radikalität", sondern um Beispiele für die gesellschaftliche Relevanz "unserer" Themen insgesamt. Daß der Castor/ Anti-AKW kein explizit "linkes" - und schon gar kein autonomes - Thema mehr ist, autonome Gruppen eher als militante Speerspitze auftreten, ist offensichtlich.

[3] radikal Nr. 100, Beute 1/95

[4] vgl. Autonomie-Kongress-Reader 1 und 2

[5] vgl. Reader zum bundesweiten BesetzerInnenkongress

[6] in diesem Kontext sei auf die von f.e.l.s. schon 1991 geäußerste Kritik verwiesen, die einjedes beherzigen möge. Vgl. "Feuer und Flamme II - Wir sind doch kein Kampagnenheinzl u.a."

[7] vgl. Texte der l.u.p.u.s.-Gruppe - "Doitsch-Stunde" (aus: Drei zu Eins), "Geschichte, Rassismus und das Boot"

Eine Bewegung wie die unsere, wenn sie denn den Anspruch auf Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse von sich erhebt, lebt und stirbt mit kollektiven Lern- und Erfahrungsprozessen. Und dazu gehört auch das Einfordern einer gemeinsamen Perspektive und Verständigung.

Am Eröffnungstag des Autonomie-Kongresses wehte erfrischender Wind: keine "Formalatmosphäre", ein Theaterstück zog die TeilnehmerInnen des Auftaktplenums in seinen Bann, begann schonungslos und frech auf die Gesellschaft im allgemeinen und die Scene im besonderen zu blicken, nicht bierernst, sondern mit einem Schuß Selbstironie, die eigenen Ansprüche einer Bewegung zu hinterfragen. Es waren Funken von Aufbruchstimmung zu verspüren, die letzte Intervention, um den Kongress in eine lebendige Richtung zu stoßen. Aber leider verpuffte das aufgebaute Spannungs- und Stimmungspotential, konnte der gewünschte und ersehnte Effekt einer umfassenden Analyse und Perspektivdiskussion nicht auf konkreter Ebene umgesetzt werden.

In diesem Kontext gilt unsere Kritik speziell auch den zahlreichen, "offiziell" ferngebliebenen Gruppen/Zusammenhängen - wir wollen uns nicht anmaßen, die jeweiligen, durchaus nachvollziehbaren Gründe der Abwesenheit zu verurteilen. Wir fragen uns nur, wo, wenn nicht auf dem Kongress, die bestehenden Probleme denn sonst kollektiv zur Sprache gebracht werden sollen, sich die Leute einbringen, um gemeinsam nach Auswegen und Lösungen zu suchen.

Hatte es mit der größten Trennung quer durch die eigenen Reihen, der eingeforderten Diskussion um Feminismus als Erweiterung und Neubestimmung linksradikaler Politik[8], einen männerdominierten Kongress und die patriachale Rolle linker Männer (so daß Typen endlich einsehen mußten, daß der erste Schritt oftmals schon ihr dominantes Redeverhalten darstellt) gerade noch so hingehauen, "durfte zur Sprache kommen", war ein anderes Problem etwa, nämlich das des Ost-West-Konfliktes[9] und des gemeinsamen Umgangs miteinander, vollends vom Tisch gefallen. Haben wir da überhaupt keinen Klärungsbedarf mehr, nichts voneinander zu lernen, der völlig anderen (Widerstands-)Geschichte, einem ganz anderen Diskussions- und Umgangsverhalten - eine Problematik für die Menschen aus Westdeutschland sehr viel sensibler werden sollten?

Oder unser Verhältnis zu ImmigrantInnen - Funktionalisierung für eigene Ziele oder praktische Solidarität (die sich nicht auf den Kauf von Zigaretten bei VietnamesInnen beschränkt...)

Wo bleiben die Konsequenzen aus unseren Bestandsaufnahmen - "doch wieder nur im alten Brei und auf dem eigenen Teller gewühlt"?

Dies auch als Fazit zum "BesetzerInnen-Kongress": Da wird für Freiraumschaffung/ Hausbesetzung als Mittel autonomer Politik und als Konsequenz aus der hierfür allgemein düster bewerteten Lage seit 1990 als einzige Alternative die Mobilisierung der letzten Reserven, der "Subkultur", der Szene gesehen. Zusammenarbeit mit MieterInnenorganisationen käme aufgrund des "rassistischen Konsens in der deutschen Bevölkerung" auf keinen Fall in Frage. Also auch keine punktuelle Zusammenarbeit mit kritischen, fortschrittlichen Kräften?? Nur vor sich hinwurschteln in altbekannter Manier, der politische Anspruch nur noch Attitüde, Hausbesetzung und Freiräume als Selbstzweck oder sehr wohl als revolutionärer Anspruch, als Mittel im Kampf mit dem Kiez für den Kiez für eine herrschaftsfreie Gesellschaft? "Ghettos ohne Sprengkraft - Spielwiesen". Gott sei Dank bestehen AnwohnerInnen, Normalos nicht nur aus üblen RassistInnen, sondern sind manchmal sogar offen für andere Lebensformen, Ideale und Politikvorstellungen.

Zurück zur allgemeinen Sprachlosigkeit. Ein Erklärungsversuch dieses Phänomens scheint schwierig: extreme Konsumhaltung der TeilnehmerInnen, mangelnde Eigeninitiative, Harren auf Leute "die zeigen, wo es lang geht", Angst vor der eigenen Sprach- und Ratlosigkeit, um liebgewonne Rituale, Unfähigkeit miteinander zu kommunizieren (...) hier muß sich jede Genossin und jeder Genosse an die eigene Nase fassen, nicht die eigene Unfähigkeit/ Tatenlosigkeit während des Kongresses auf die vermeintlichen OrganisatorInnen schieben: "Selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Handeln" - Grundprinzipien autonomer Politik!



Linksradikale Politik schielt nicht nach unreflektierten Mehrheiten, aber sehr wohl nach politischer Relevanz in den alltäglichen Auseinandersetzungen und Kämpfen.

Die eigene Scene bröckelt. Es kommen neue Leute dazu, aber viele ältere GenossInnen ziehen sich zurück (warum?), alle (manche?) fragen "wie weiter?" aber keineR versucht Antworten zu geben. Je lebendiger eine Bewegung ist, desto mehr bewegt sie sich. Unsere eigene Ausstrahlungskraft ist geprägt von einem notorischen "Gegen!", einem leicht angestaubten, nostalgischen Post-Punk-Image, die eigene Scene verraucht im alltäglichen Trott zwischen Plena, Aktionen und Aktionismus. "Warum", "wofür" denn überhaupt?

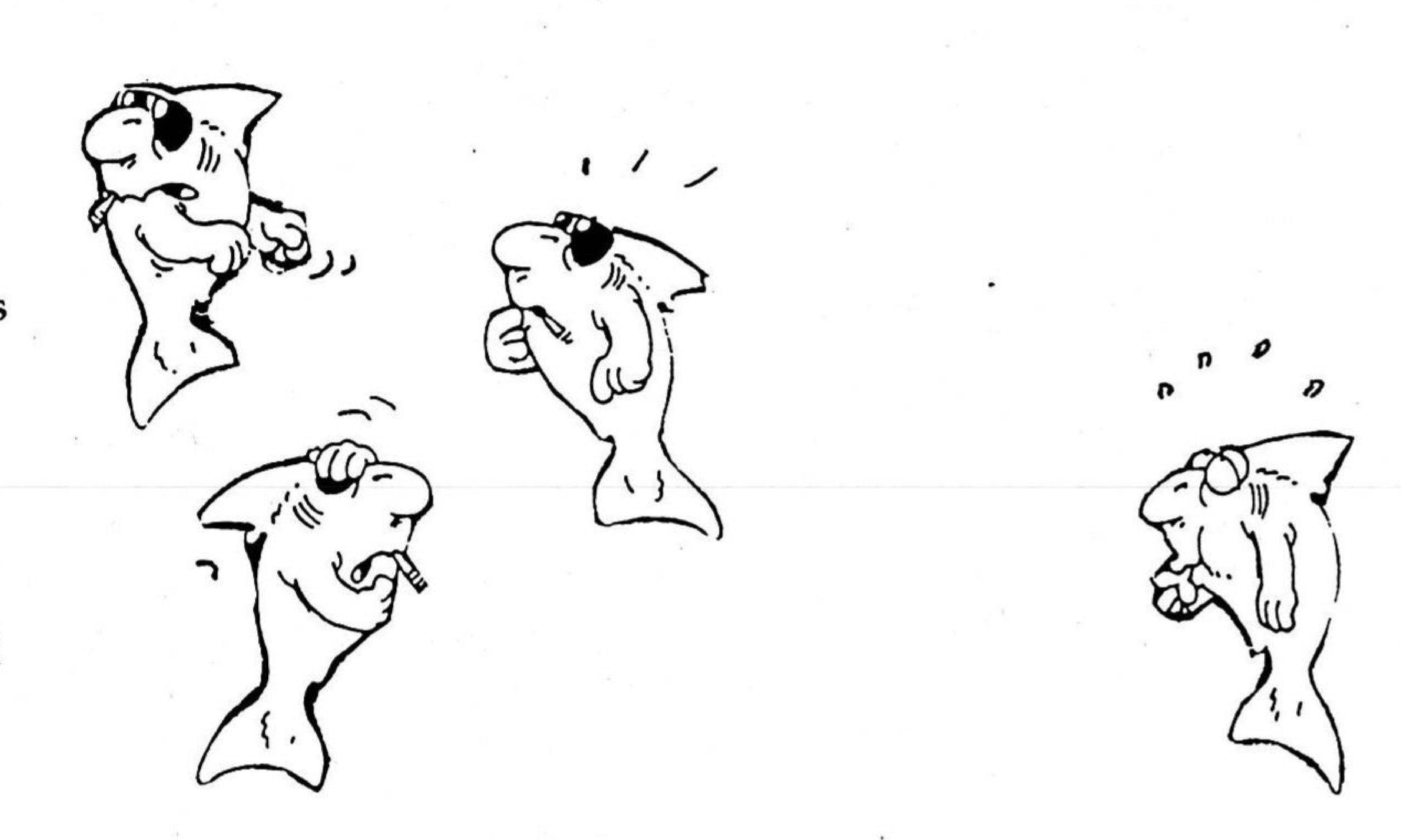
---

[8] vgl. Papier Hamburger Frauen, u.a. interim Nr. 328

[9] vgl. interim Nr. 326 "Schon wieder Autonomie-Kongress?", telegraph 3/95

Stattdessen versuchen wir uns an Ersatzschauplätzen zu radikalisieren, unsere Parolen verkommen zu hohlen Phrasen. Wir sagen, wir kämpfen für eine HERRschaftsfreie Gesellschaft[10]: dann müssen wir diese Strukturen auch bei uns konsequent bekämpfen: die Unterdrückung von linken Frauen durch Linke Männer, sexistisches und rassitisches Verhalten und dazu Nicht-Verhalten in der Scene, die berühmt-berüchtigten verdeckten Hierachien der autonomen Häuptlinge, des Alt gegen Jung (...) - wir müssen bei allem aber auch so glaubwürdig sein, daß der Kontakt zur Basis nicht flöten geht. Wir müssen machbare Alternativen mit unseren Struturen anbieten, die nicht nur von einigen wenigen gelebt werden können (Leute mit 30 haben andere Probleme als Leute mit 20, GenossInnen mit zwölf Jahren Politerfahrung und -frust andere Bedürfnisse als GenossInnen mit zwei), eine Bewegung, in der mensch auch "älter"[11] werden kann und dennoch alles in einem linksradikalen, autonomen Kontext bleibt, als "lebbare" Alternative. Wir müssen unsere Versprechen einlösen und nicht, vordergründig 100% p.c. und keine kreativen Widersprüche duldend, die alte Scheiße reproduzieren.
Neben unserem Politstil gilt dies im Besonderen auch für unsere Aktionsformen. Eines der beliebtesten Mittel der Scene ist die DEMONSTRATION (lat.: demonstratio - Hinweisen, Zeigen). Die Wahl dieser Aktionsform kann nur noch als - gelinde gesagt - inflationär und verantwortungslos bezeichnet werden. Dazu ein kleines Bespiel aus Berlin für den Zeitraum Anfang April bis Anfang Mai:

01.04.95: Demo gegen Klimagipfel
Demo gegen Leerstand
08.04.95: Antifa-Demo Prenzlberg
Antifa-Demo Schöneweide
17.04.95: Abschlußdemo Autonomie-Kongress
20.04.95: ImmigrantInnen-Demo
22.04.95: Antifa-Kundgegung
30.04.95: Autonome Frauen/Lesbendemo
01.05.95: 1.Mai K-Gruppen-Aufmarsch
05.05.95: Kundgebung gegen BdV-Tagung
06.05.95: antideutsche Demo zum 08. Mai
07.05.95: links-alternative Demo zum 08. Mai
08.05.95: autonome Demo zum 8. Mai



Die Grenze des Erträglichen ist spätestens mit den 3 (!) Demos zum 8. Mai erreicht. Ein Blick auf die TeilnehmerInnenzahl verrät uns 800 am Samstag, mehrere tausend am Sonntag und immerhin noch 1500 am Montag - für Berliner Verhältnisse ziemlich mager. Merkt niemand mehr, daß selbst die eigene Scene in diesem Trott langsam aber sicher ausbrennt? Was zeichnet eine "ganz normale" Demo denn heute noch aus: eine mehr oder minder schwarze Masse, die sich lethargisch durch die Straßen windet. Eigene Inhalte? Wo denn, was denn. Kaum Transparente, kaum Sprechchöre, beschissene Stimmung. Ein elender Trott, halbherzig immer die gleichen Parolen, zu verschiedensten Themen überhaupt keine Position mehr. AnwohnerInnen der Demoroute schauen schon seit längerem kaum noch aus ihren Fenstern ("menschenleere Straßen"). Wie gut, daß sich wenigstens die Bullen noch für uns interessieren.
Es gibt eigentlich nur eine Demo dieser Auflistung, die sich wirklich positiv davon abhob: die autonome Frauen/Lesbendemo zur Walpurgisnacht. Ziele und Inhalte dieser Demo, der Kampf gegen die gesellschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen, alltägliche Anmache, patriachales Bewußtsein und Verhalten von Typen (...), wurden auf ganz andere Art und Weise als dem sonst üblichen Scenetrott verfolgt. Die Teilnehmerinnen bestimmten aktiv und offensiv das Geschehen, es entstand der Eindruck, daß dieser Kampf erfrischend sein kann. Kleine und Große Hexen als ein Symbol selbstbestimmten Frauenlebens, Verkleidung als Symbol und Mittel der eigenen Veränderung, Mehl als Waffe und Kennzeichnung. Dies als symbolhafte Beispiele für eine andere politische Aktionspraxis, nicht Latschdemo, sondern Happeningcharakter, in der jedeR eine ganz individuelle Rolle übernehmen und sich im Kampf kreativ einbringen kann, durch selbstverwirklichtes, selbstbestimmtes Handeln. Was nicht heißen soll, eine an und für sich superernste Thematik lächerlich zu machen, quasi zu relativieren. Das wäre fatal. Nein, es geht vielmehr darum, mit angemessenen Mitteln, die eigenen Inhalte und Ziele transparenter zu machen, mit Leben zu erfüllen.
Wir müssen versuchen, den eigenen Ansprüchen (welche?) gerecht zu werden. Eine autonome 8. Mai-Demo, die sich das Motto "Kampf den deutschen Zuständen" gibt, kann unter diesem Gesichtspunkt in ihrer Konsequenz nur als Desaster gewertet werden. Eine Stimmung der TeilnehmerInnen die an Motivationslosigkeit grenzt (...) stumpf, langweilig, nichtssagend, eine Überfrachtung mit (wichtigen) Redebeiträgen, ein Ziel (Staatsakt stören) daß unter diesen Voraussetzungen und Strukturen niemals zu erreichen war.

---

[10] wie sieht das konkret, und nicht nur für uns, aus - tripple oppression in Theorie und Praxis? Vgl. "Drei zu Eins" u.a.

[11] unausgesprochene Leistungsanforderung:: "jung, dynamsich, vermeintlich militant auf allen Ebenen"

Eine Konsequenz aus dem "Großen Zapfenstreich" vom 08.09.94 und für ähnliche zu erwartende Veranstaltungen scheint nocht nicht kollektiv gezogen worden zu sein. Eine Demonstration zur Verhinderung ist jedenfalls nicht das probate Mittel.

An dieser Stelle sei auf die gelungene Aktion der GenossInnen aus Tübingen vom 01.05.95 verwiesen. Ihr Ziel war die erfolgreiche Verhinderung des Maisingens der Burschenschaften, Korpsverbindungen und Landsmannschaften auf dem Holzmarkt in der Tübinger Innenstadt.

Zitat Schwäbisches Tageblatt:

"Das Spektakel begann wie gehabt. Punkt Mitternacht standen sich rund 400 käppi-, wichs-, bändel- und fackeltragende Korporationsstudenten auf der einen und etwa 2000 Demonstranten auf der anderen Holzmarktseite gegenüber - wirksam auf Distanz gehalten von den Ordnungskräften. Vereinzelte Böller und eine Leuchtrakete, ein paar Eier, wenige Farbbeutel und Flaschen flogen-die Sicherheitszone überwand das alles nicht.
Der von der Polizei freigesperrte Raum zwischen Verbindungsstudenten und Gegendemonstranten geriet überraschend zur Bühne für die Aktivisten des "Wohlfahrtsausschusses", eine dem Vernehmen nach hiesigen Autonomen nahestehende Gruppierung.
Die Verbindungsstudenen hatten kaum das Mailied angestimmt, als sie glatt übertönt wurden von ungeheuer lauter Musik. Aus sehr starken Boxen erklang plötzlich die anschwellende Hymne, die der Boxer Henry Maske gewöhnlich seinen Auftritten unterlegt. Dazu wurden Dias ("Verbindungen haben Tradition, auch ihr Ende hat Tradition") von Farbentragenden in der Zeit des Faschismus, von zerbombten Städten und von den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen an die Stiftskirchenmauer geworfen. Aus dem Heckenhauernschen Haus sprangen, just als die Bilder einmal durchgelaufen waren, zwölf nackte junge Männer mit Transparenten ("Jesus liebt uns alle", "Versöhnet Euch!") auf den Platz und die Treppen hoch. Sie warfen Flugblätter in die Luft (...) ein Spot tünchte sie in helles Bühnenlicht. Während dies den Sängern vollends die Sprache verschlug, prasselte der Beifall von der anderen Seite. Um 0.15 Uhr rückten die mehrfach gestörten Burschen - unter Polizeischutz wie sie gekommen waren - zum Osterberg ab. Nach Polizeiangaben wurden dort zwei von ihnen durch Steinwürfe leicht verletzt.
Derweil drängte von der Kirchgasse die nächste Attraktion durch die Menschenmenge. Von einem Lastwagen herunter dröhnte kaum minder laute Musik, rot angestrahlter Kunstnebel legte sich aufs Pflaster." Und so zog die Menge hinter dem mobilen DJ zu Rave- und Tekknoklängen in einer Marschsäule dem Festort der Party im Sudhaus entgegen.

"Der Weg ist das Ziel - aber viele Wege führen nach Utopia" lautet die Überschrift dieses Papiers. Wir halten es für lebensnotwendig, den seit langem eingeschlagenen, immer schmäler werdenden Weg an der nächsten Kreuzung zu verlassen, abzubiegen und einen neuen einzuschlagen. Mit unseren Erfahrungen und Konsequenzen, die endlich mal gezogen werden müssen, aus dem Vergangenen auf zu neuen Formen[12] und Perspektiven.
Denn unsere Ideale und Utopien haben doch nicht aufgehört zu existieren, sind plötzlich falsch geworden, einfach so. Das Problem scheint doch die Vermittlung unserer Inhalte[13], unsere Glaubwürdigkeit, unserer Attraktivität als machbare Alternative zu sein. Und da haben unsere GegnerInnen schon immer gezinkte Karten gehabt. Sägen wir an den Grundpfeilern der Gesellschaft, die uns dazu bringen, sie verändern zu wollen. Bewegung lebt von Bewegung - und wer stillsteht ist nicht nur mit seinen Formen, sondern auch mit seinen Utopien am Ende. Die Welt ist größer als das eigene Ghetto, die eigene Scene, die eigene Subkultur. Leider scheinen die meisten von uns vergessen zu haben, nachdem sie ersteinmal mittendrin stecken, wie schwer es war (ist) in die "Scene" einzusteigen, Fuß zu fassen, sich einbringen zu können. Gruppen, die sich nur noch abgrenzen, ausgrenzen, sich weigern, Perspektiven zu diskutieren, Freiräume als Selbstzweck verteidigen, aber nicht mehr mit Leben, mit Sprengkraft füllen wollen, auf die ist geschissen. Lohnt nicht die Arbeit und Mühe, alles Selbsttäuschung, "alternative Bürgerlichkeit". Aber wir wollen weiterkämpfen, neue Ansätze entwickeln, im gemeinsamen Kampf gegen jede Form von Unterdrückung und für ein selbstbestimmtes, subversives Leben - heute, hier und jetzt.

"Autonome auf dem Weg ins 21. Jahrhundert" war das Motto des Kongresses - mensch Leute, paßt bloß auf, daß wir nicht den falschen erwischen und in die Sackgasse latschen!!!

F.I.S.C.H.E. D.E.S. M.E.E.R.E.S.



---

[12] eine Möglichkeit: lest doch mal "Spaßguerilla".

[13] autonomer Thesenkatalog von 1981/1994 oder doch etwas mehr?! Vgl. "Stand der Bewegung".

AUFRUF ZUR ANTIFASCHISTISCHEN KUNDGEBUNG

Samstag, 27.5.95

Pünktlich um 8.00 Uhr vor dem Rathaus Charlottenburg, Eingang Otto Suhr Allee
U - Richard Wagner Platz

Die Nazis der Partei „Die Republikaner" wollen am Samstag den 27.5.95 im Rathaus des Bezirks Charlottenburg ihren Landesparteitag abhalten. Hier treffen sich Aktivisten der rechtsextremistischen Partei nicht zum erstenmal.
Wir sagen NEIN zur Vergabe von öffentlichen Räumen an Rassisten, Antisemiten und Faschisten!!

Das Rathaus Charlottenburg ist nicht zufällig gewählt. Hier fanden unseren Informationen nach schon zweimal berlinweite Parteiversammlungen der REP statt, außerdem haben sie allen Grund sich hier wohlzufühlen (s.u.).

Die Mißerfolge der REP bei den vergangenen Wahlen dürfen nicht zu dem falschen Schluß führen, daß das Problem sich von selbst erledigt hätte. Im Gegenteil: Speziell in Berlin ist ein reger Austausch der REP - Aktivisten mit der aktiven Neo Nazi Szene zu beobachten. Dies straft die rechtsstaatlichen Lippenbekenntnisse ihrer Funktionäre Lügen. Unter dem Deckmantel der Demokratie verbergen sie die antisemitischen und rassistischen Ausfälle ihrer Mitglieder, die nachgewiesene Beteiligung an Anschlägen gegen AusländerInnen oder auch ihre gute Zusammenarbeit mit verbotenen Organisationen, wie der Wiking Jugend oder der FAP. Die REP´s sind weiter aktiv und spielen nach den Verboten einiger militanter Naziorganisationen um so mehr die Rolle als Kristallisationspunkt der rechten Szene.
Indem der Bezirk den REP´s das Rathaus überläßt, gibt er Deutschnationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Kriegsverherrlichung und dumpfem Sexismus ein Forum.

Hier im Rathaus Charlottenburg haben die REPs auch noch ein Forum ganz anderer Art. In ihren Fraktionsräumen unterhalten sie ein Info - Telefon, über das zu rechten Aktionen mobilisiert und die übliche Hetze betrieben wird. Dies geschieht nach dem Vorbild diverser „Nationaler Info - Telefone" im ganzen Bundesgebiet. Auch in Berlin unterhält der aktive NeoNazi Ulli Bolt ein solches Telefon. Neben Informationen über Aktivitäten der militanten Nazis wird da detailliert über REP - Aktivitäten informiert. So werden z.B in der neusten Ansage des REP - INFOTELEFONS, in einem Bericht über eine Kranzniederlegung der REP`s am 8. Mai(!) in der Neuen Wache, die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnt und mit ihren Mördern gleich gesetzt. „Im Tod sind alle Menschen gleich" tönt es im Naziwochenschauton vom Band.

Der Austausch von REP zu den Militanten klappt hervorragend. Die inhaltliche Nähe ist offensichtlich. Es kann als sicher bezeichnet werden, daß die Betreiber des REP - Infotelefons hier im Rathaus ihre Hetze und Aufrufe an das offen neonazistische Berliner Nationale Infotelefon weitergeben. Und wer sind diese Betreiber? Niemand anderes, als die sich ach so demokratisch präsentierende Fraktion der REP´s im Bezirksparlament.

! Keine öffentlichen Räume für die REP - Faschisten!!
Private Räume schon mal gar nicht!!
Sofortiges Abschalten aller Nazi Info - Telefone!!
REP´s - Ab in die Versenkung!! !

Unabhängige Antifaschistische Gruppen, Mai 1995

V.i.s.d.P.: F. Walter, Bundesallee 95, 12161 Berlin

Walpurgisnacht am Kollwitzplatz
Als die Polizei zuschlug...

...tat sie das angeblich, um zu verhindern, das einige Grashalme verbrennen. Wie die Berliner Polizei gegen ordnungswidriges Verhalten vorgeht, zeigen die folgenden Berichte.

Eine Reise vom Bodensee nach Berlin ist ein Abenteuer. Doch sowas hatte ich nicht erwartet: Tränengas gegen Kinder!
Zur Walpurgisnacht am Mai - Wochenende hatte meine in Berlin lebende Tochter mich zum Prenzlauer Berg eingeladen. Dort trafen wir uns mit ihren Freundinnen auf dem Käthe-Kollwitz-Platz - zum Schwatzen, Tanzen, Diskutieren von Frauenfragen, Trommelmusik anhören und Apfelwein trinken (Hessen läßt grüßen).

So gemütlich und so gut bürgerlich war es auch - von 21 bis 22 Uhr: Geschminkte und verkleidete Kinder laufen und tanzen durch viele Menschengruppen jeden Alters. Ein kleines Feuer lodert auf, darauf fährt ein Feuerwehrwagen heran, Mannschaftswagen der Polizei fahren auf, irgendwo ein Lautsprecher. Dann meine ich, Feuerwerkskörper zu sehen, tatsächlich aber fliegen - völlig grundlos und ohne wirksame Vorwarnung - Tränengasraketen mitten in die friedlichen Menschengruppen, Eltern drükken ihre Kinder an sich, an den Ausgängen überall Tränengas, Menschentrauben versperren die wenigen, engen Ausgänge.

Da bleibt mir vor Angst und Schrecken nur die Möglichkeit, über den Zaun zu klettern,- für über 50jährige gar nicht so einfach. In den umliegenden Straßen Eltern , die mit Wasser versuchen, ihren Kindern das Tränengas aus den Augen zu waschen. Mit unseren Fahrrädern versuchen wir wegzukommen - wieder Tränengas!

Wasserwerfer stehen an den Straßenecken. Noch mal eine Polizeistimme über Lautsprecherwagen, gleichzeitig peitscht der Wasserstrahl in eine Seitenstraße, wir rennen durch Tränengasschwaden durch die Straßen, den Wasserwerfer im Rücken, und suchen auf unseren Fahrrädern das Weite.

Für mich eine unglaubliche Geschichte!
Wer hat sowas veranlaßt? Wer trägt die politische Verantwortung dafür? Wer gefährdet ohne Grund Kinder? Wer verbreitet soviel Angst, Schrecken und Ohnmacht vor allem bei jungen Menschen?
F.S., Immenstaad am Bodensee

(...) Nach 1.30 Uhr eskalierte die Situation aufgrund des planlosen und unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes. Steine flogen, kleinere Barrikaden wurden errichte, die jedoch eher symbolischen Charakter besaßen. Grotesk war allerdings, daß der Kneipenbetrieb (z.B. Café Westphal) noch nahezu ungestört weitergehen konnte. Wir gingen deshalb zu einer kleinen Menschenansammlung vor dem Café Westphal. Da es nunmehr überall im Bereich des Kollwitzplatzes kleinere Ausschreitungen und Handgemenge gab, fühlten wir uns dort am sichersten. Plötzlich wurde auch der Bereich vor dem Café ein Ziel des Wasserwerfers. Wir verschanzten uns hinter einem Stromkasten. Der Wasserwerfer schwenkte in unsere Richtung. Nach mehren Sekunden Dauerfeuer bemerken wir wenige Meter von uns entfernt einen Rollstuhlfahrer. Wir zogen ihn ebenfalls hinter den Stromkasten, während sich der "Beschuß" unvermindert fortsetzte.
K.-P. L.

Wir suchen Zeugen für die Zeit von 1.00 Uhr bis 1.45 Uhr in der Walpurgisnacht. Ort: Wörtherstraße Richtung Knaackstraße an der Parkumzäunung. Es geht um die Sache mit den ausgeschlagene Zähnen. Eine blonde Frau mit asiatischem Begleiter hatte sich als Zeugin angeboten. Wir hatten zusammen gesungen.
Constanze
Telefon : 681 31 90

Wir wollen es wissen: Was passierte in der Walpurgisnacht?

Polizei, Politiker und bestimmte Medien verbreiteten die Version, in der Walpurgisnacht hätten sich *2000 gewaltbereite Chaoten* am Kollwitzplatz getroffen, um der Polizei eine Straßenschlacht zu liefern. Diesem offiziellen Bild wollen wir, einige Menschen aus verschiedenen Initiativen, durch eine möglichst genaue Dokumentation der tatsächlichen Ereignisse entgegentreten.
Deshalb bitten wir möglichst viele Menschen darum, schriftliche Gedächtnisprotokolle darüber anfertigen, was sie erlebt und gesehen haben.
Diese Gedächtnisprotokolle können den Menschen, die bei den Polizeieinsätzen oder durch Polizeiübergriffe verletzt wurden ebenso helfen wie den Menschen, die festgenommen wurden und nun mit Strafverfahren zu rechnen haben.

Wie sollten diese Gedächnisprotokolle aussehen?
Ein gutes und brauchbares Gedächnisprotokoll zu schreiben ist nicht ganz einfach. Deshalb hier einige Tips, die das Schreiben erleichtern können.
1. Das Gedächtnisprotokoll sollte möglichst rasch nach den Ereignissen geschrieben werden. Erfahrungsgemäß werden nämlich im Laufe der Zeit viele Einzelheiten, die wichtig sein können, vergessen.
2. Das beste und genaueste Gedächtnisprotokoll nutzt nichts, wenn nicht bekannt ist, von wem es stammt und wie dieser Mensch zu erreichen ist. Deshalb bitte unbedingt Name und Adresse oder Telefonnummer angeben.
3. Wichtig ist, das möglichst genau angegeben wird, an welchem Ort und zu welcher Zeit sich die beschriebene Situation abgespielt hat.
4. Wenn Ihr Polizeiaktionen gegen Menschen beschreibt:
- Wie war die Situation vor dem eigentlichen Ereignis? Wie sieht die betroffene Person aus (Kleidung, Alter, Größe, Haare, Geschlecht)? Ist der Name der betroffenen Person bekannt?
- Was passierte genau? Festnahme, Mißhandlung, diskriminierende Sprüche der Polizeibeamten,...
- Konntet Ihr erkennen, ob die betroffene Person von den Polizeibeamten verletzt wurde? Wenn ja, wo und wie?
- Wieviele Polizeibeamte waren beteiligt?
- Welche Ausrüstung hatten sie (Zivilbeamte, Uniformierte, kurze oder lange Knüppel,...)?
- Welcher Polizeieinheit gehörten die Polizeibeamten an (das ist an dem Buchstaben und der Zahl auf dem Helm und den Autos zu erkennen)?
- Sind Dienstnummern von beteiligten Polizeibeamten bekannt, oder aber die Autonummer des Fahrzeuges, mit dem jemand weggefahren wurde beziehungsweise aus der die beteiligten Polizeibeamten stiegen?
- Wieviele Personen beobachteten das Ereignis? Wie sahen diese aus? Sind Namen bekannt? Gab es dort auffällige Personen (grüne Haare, gelbe Hose...)
- Wurde die Situation fotografiert oder gefilmt? Sind die Namen und die Adresse der Fotografinnen/Fotografen bekannt?

5. Gut wäre es, wenn auf dem Gedächtnisprotokoll gleich vermerkt wird, 0b das Gedächtnisprotokoll vertraulich behandelt werden soll oder ob vielleicht die Möglichkeit besteht, dieses auch im Rahmen einer Öffentlichkeitsarbeit oder Dokumentation zu verwenden.

Wir bitten darum, diese Protokolle möglichst rasch abzugeben bei:

* BAOBAB-Infoladen
Winsstr. 53, 10405 Berlin
Tel. & Fax: 442 61 74
Montag bis Donnerstag ab 17.00 Uhr

* Projekte am Kollwitzplatz
Kollwitzstraße 66 (Büroeingang und Briefkasten im linken Seitenflügel)
10435 Berlin
Tel.. 442 68 75

Solidaritätskonto Prenzlauer Berg

D ie Menschen, die in der Walpurgisnacht oder am 1.Mai auf dem Kollwitzplatz verletzt oder festgenommen worden sind, brauchen unsere Solidarität. Auch finanziell. Deshalb haben wir ein Spendenkonto eingerichtet:

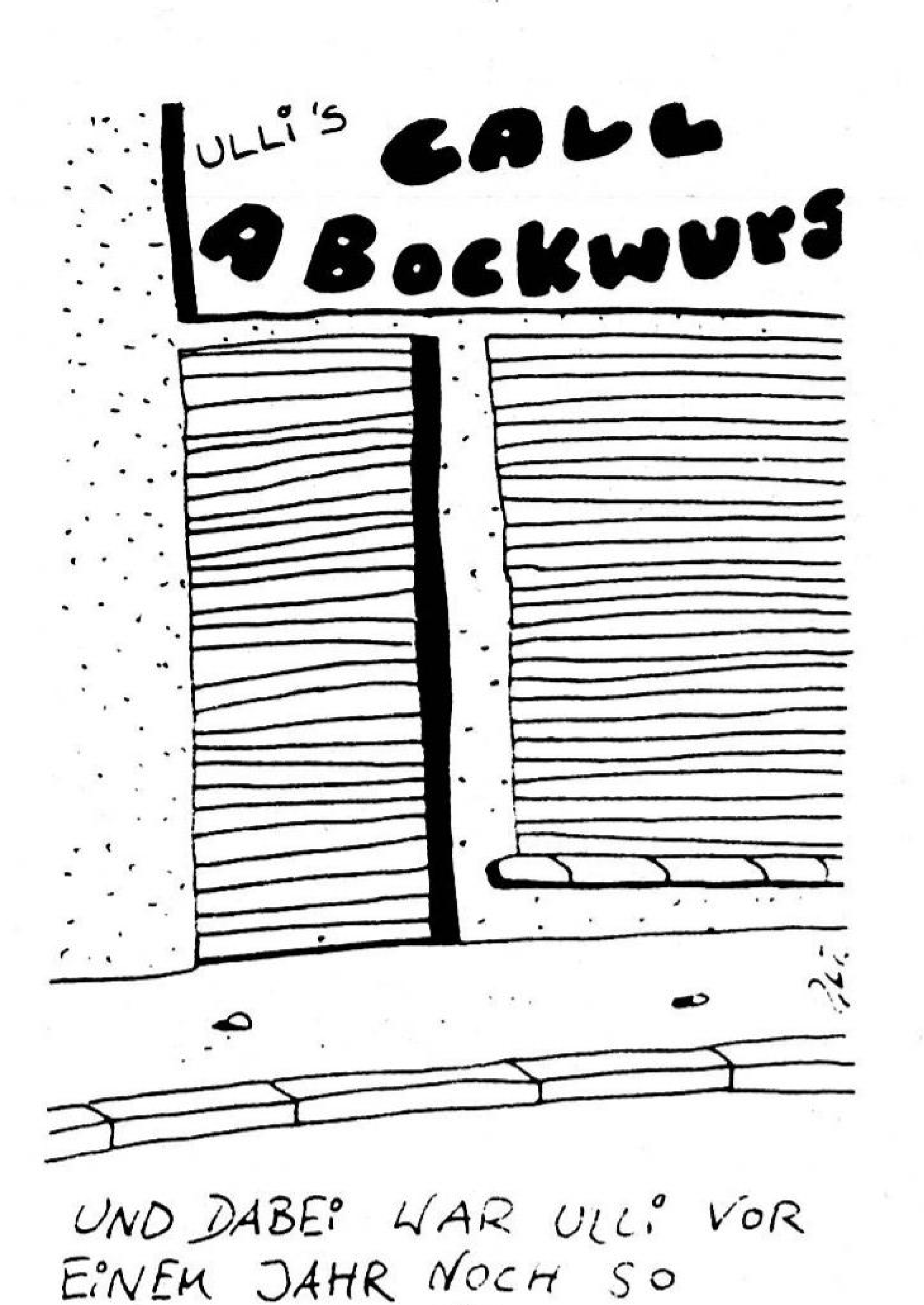
Marion Seelig
Konto: 411 46 232 00
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00

Kontakt über:

BAOBAB-Infoladen
Winsstr.53, 10405 Berlin
Tel. & Fax: 442 61 74
Montag bis Donnerstag
ab 17.00 Uhr

Ermittlungsausschuß (EA)
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel: 692 22 22
Dienstag: 20.00-22.00 Uhr
sonst Anrufbeantworter
Auch der EA braucht Spenden: Sonderkonto
Klaus Schmidt 206 101 06
Postbank Berlin
BLZ: 100 100 10

einige kurze anmerkungen zum „wort zum donnerstag'' in der Interim 331



Vielleicht war der Text ja nicht ganz so ernstgemeint. Trotzdem ist der dort vermittelte Eindruck politisch verheerend, als wäre jeder Straßenkampf im Umkreis von 20km, an dem genossIn nicht beteiligt ist, ein Unglück. Da werden Bilder über Autonome reproduziert, die doch eigentlich der Vergangenheit angehören und den bürgerlichen Medien überlassen bleiben sollen.
Die „Straßenkämpfe rund um den Kollwitzplatz" waren ein Bullenüberfall auf feiernde Frauen, Männer und Kinder. Zumindest in „Radio Fritz" wurde das auch so vermittelt.
Zunächst mal gilt es anzuerkennen, daß das Fest am Kollwitzplatz nicht in der Tradition Westberliner Autonomer steht, sondern der DDR-Oppositionsbewegung. Wenn Westlinke davon bis dato nichts mitbekommen haben,hat das sicherlich Gründe, die mensch gut oder schlecht finden kann. Mit den im Kommentar aufgeworfenen Parolen wird bestimmt keine Annäherung erzielt.Auch nicht damit, daß im nächsten Jahr der Kollwitzplatz als autonomer Spielplatz zum 1.Mai ausgesucht wird.
Statt das alte längst verblichene Straßenkampfimage zu pflegen, wäre es angebracht, nachzufragen, warum nach dem Bekanntwerden des Bullenüberfalls so wenig Reaktion erfolgte. Am nächsten Tag waren bis zu 10000 Menschen auf dem Straßenfest am Humannplatz. Was hinderte die, in einer Spontandemo zum ca 300m entfernten Kollwitzplatz zu ziehen, um politischen Widerstand gegen die Bullenprovokation deutlich zu machen.
Hier könnte autonomer/linksradikaler Widerstand Profil zeigen und nicht im Beweinen nicht stattgefundener Straßenschlachten.

P.S.: Die Polemik gegen jW-Redakteur Jürgen Elsässer (Vorwort der Interim 331) ist überzogen, wenn doch die Wildcat-Leute weiterhin anerkannt in autonomenZusammenhängen sind, die ebenfalls theoretisch und praktisch gegen Patriarchat und Rassismus als eigenständigen antagonistischen Widerspruch auftreten.

Libertärer Jahrmarkt

"Libertärer Jahrmarkt 95"

Auch in diesem Jahr wird es wieder ein "Libertären Jahrmarkt" geben. Organsiert wird das in Berlin größte Straßen- und Infofest von einigen Menschen aus unterschiedlichen Strömungen und aus Ost und West.
Das ganze findet am 15.07. auf dem Senefelder Platz statt. Aktraktiv wird auch wieder das Rahmenprogramm mit einer großen Bühne, durchgehender LiveMusik, Jahrmarktdarbietungen, Kinderprogramm, ein Veranstaltungs- und Ausstellungszelt. Geplant ist weiterhin ein Großvideoprogramm und zum Abschluß wie immer ein Open-Air-Kino. Aber auch Infostände der politischen Gruppen Berlins sorgen für geistige und leibliche Nahrung.
Wer sich hier noch beteiligen will erhält nähere Informationen bei: Libertärer Jahrmarkt c/o Colpo, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin, Fax 030/7859181.

EA Bremen

WICHTIG!!!

Der **Bremer EA** ist ab dem 3.Mai jeden Mittwoch zwischen 17.00 Uhr und 19.00 Uhr unter der Nummer 0421/75682 **telefonisch** im Infoladen Umschlagplatz zu erreichen. Wenn ihr uns ganz dringend sprechen wollt, dann ruft da an. Besser ist jedoch wenn ihr uns alles schriftlich mitteilt.

Wir gehen davon aus, daß in den nächsten Wochen die ersten Prozesse laufen werden. Wenn sich was tut werden wir euch selbstverständlich unterrichten.

Wichtig wäre für uns, wenn wir einen Überblick bekämen wieviele Leute genau Widerspruch gegen die Ordnungswidrigkeit eingelegt haben. Wir bitten euch deshalb uns darüber zu informieren.

EA Bremen St. Pauli-Str. 10-12 28203 Bremen
Tel.: (nur mittwochs zwischen 17.00 Uhr und 19.00 Uhr) 0421/75682

Die Swing ist das autonome Rhein-Main-Info seit 1988. In der Swing sind zahlreiche Beiträge von Cafe Morgenland (Nr.38,43,44,46,48,51,55,58,59,60,61,64,69) und der Fluchschrift (44,53,54) erschienen.

ZUR VERÖFFENTLICHUNGSPRAXIS DER SWING - GEGENÜBER FLUCHSCHRIFT UND CAFE MORGENLAND

Die Swingredaktion hat in ihrem Arbeitsalltag Kriterien für die Redaktionsarbeit. Die Entscheidungsprozesse über den Abdruck von Artikeln werden beeinflußt vom formalen Rahmen (Seitenzahl, periodische Erscheinungsweise, Erscheinungsdatum, regionaler Schwerpunkt), der inhaltlichen Qualität der Beiträge (Weiterentwicklung, Informationswert, Debattenbeitrag), dem Gegenöffentlichkeitswert (Erstabdruck, Autenthizität, sonstige Zugangsmöglichkeiten zur Öffentlichkeit) und vom eigenen politischen Interesse der RedakteurInnen. Wir sind selbst meist mehr oder weniger unzufrieden mit dem monatlichen Produkt. Swing will kein Mitteilungsblatt einer Gruppe sein (dies drückt sich dann im Umfang dessen aus, was von einzelnen Gruppen abgedruckt wird). Sie will auch nicht eine Spezialschrift für einen Themenbereich, oder eine Widerspiegelung regionaler Aktivitäten,oder ausschließlich Theoriezeitung sein. Böswillig könnte man/frau diese Pluralität als Ausgewogenheit ohne eigenes Profil bezeichnen, was bei diesem Nebenprojekt von sehr wenigen auch leicht zutreffend wird.

Die von der Mehrheit der Redaktion gefaßte Entscheidung, die Fluchschrift vom 04.01.1995 nicht abzudrucken, fällt aus den üblichen mehr oder weniger polarisierten Entscheidungsprozessen heraus. Bei der Redaktion besteht ein spontaner Widerwille gegen einen Text, der nicht nur unterschwellig von Eifersüchtelei, Gehässigkeit, Ressentiments, autoritärer Gestik und Verschwörungs-/Dolchstoßphantasien strotzt. Das Ziel des fluchschrifttextes über die autonome l.u.p.u.s. gruppe ist in erster Linie nicht eine Kritik von deren Theorie und Praxis, sondern das Outen, Brandmarken und Verurteilen von l.u.p.u.s. als völkische, deutschtümelnde, antisemitische "Wehrwolftruppe".

Im einzelnen: Fluchschrift ist wohl eifersüchtig auf l.u.p.u.s., weil sie selbst nicht ein Buch geschrieben haben, was in ihren Augen offenbar mit Berühmtheit,Ruhm und "Ehre" - z.b. durch Todesdrohungen seitens Faschisten (Comic im Text) verknüpft sein muß. Ein Buch mit Inhalten aus Diskussionen im frankfurter Antirassistischen Plenum, an denen auch die Fluchschrift beteiligt waren...

Zudem wird die Autoriät Eike Geisels hinzugezogen,um das eigene Urteil zu bekräftigen: l.u.p.u.s. ist eine Wehrwolftruppe.

Weiter: Wenn ein oder zwei Leute nicht auf eine Demo gehen (bei wievielen Demos wart ihr nicht?),wird daraus ein Boykott. Eine angebliche "Rache für Schönau" (?) sei der wahre Grund für eine "Verweigerung der Solidarität" mit den Angeklagten im Kaindl-Prozeß. Wir ersparen uns die Peinlichkeit, an dieser Stelle quasi "richtigstellend" aufzuzählen, wie und an welcher Stelle von der weißen deutschen autonomen Szene gegenüber den Angeklagten (selbstverständliche) Solidarität praktiziert wurde...

Zum Antisemitismusvorwurf: Unstrittig ist, daß antisemitische und rassisitissche Tendenzen auch bei Linksradikalen vorhanden sind, die zu kritisieren sind und von denen niemand auszunehmen ist;und wir alle lernen. Der Antisemitismusvorwurf von fluchschrift zeigt nicht die (vorhandene) widersprüchlichkeit von l.u.p.u.s. auf (wo l.u.p.u.s. sich z.b. gegen Antisemitismus wendet),und ist zudem unbelastet von jeglicher Selbstkritik. Wir wären auch an der Aufarbeitung eurer KBW-Vergangenheit interessiert.

Fluchschrift behauptet, daß die l.u.p.u.s.-Gruppe sich "ihr Volk nicht mießmachen läßt", "mit dem Volk noch große Taten" vorhätte, "dem Volk wieder aufs Maul schaut". - no comment.

Die Teilnahme von Linksradikalen und auch l.u.p.u.s. an antirassistischen Aktionen, deren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus können sie deswegen nur als Mode, als Verstellung und taktisches Verhalten - interpretieren, um das Auge des Richters zu täuschen (aber fluchschrift läßt sich nicht täuschen)

Dies alles geschieht um eine Eindeutigkeit über l.u.p.u.s. zu suggerieren, die keine Widersprüchlickeiten kennt, und ihr vernichtendes Urteil rechtfertigen soll.

Und in diesem Gerichtsverfahren gegen l.u.p.u.s. kann fluchschrift als Instanz endlich mal HerrIn über gut und böse sein. Dieses Verurteilen schien ihnen einigen Genuß und Genugtuung bereitet zu haben.

Eine neue "Qualität" dieser fluchschrift ist die absichtsvolle personelle Konstruktion, die aus dem Minigrüppchen l.u.p.u.s. einen mitgliederstarken, omnipotenten Widerpart macht. In ihrem Vermögen, die Täterschaft der völkischen Vereinigung nachzuweisen, macht fluchschrift dem Verfassungsschutz und jeder Bundesanwaltschaft alle Ehre. Individuen werden nicht als eigenständige politische Subjekte gesehen, sondern als AgentInnen einer Verschwörung mit einheitlichem Willen, deren Ziel es ist, MigrantInnen, JüdInnen und insbesondere fluchschrift zu schaden. Jede Antwort, die nachweisen wollte, das diese oder jene Gruppe, Aktion oder Person nicht l.u.p.u.s. sei, begibt sich schon ins Verfahren der Urteilsfindung und Konstruktion. Wir sagen also jetzt das, was fluchschrift schon lange vermutet. Verdammt, sie sind uns auf die Schliche gekommen. Jetzt machen wir das öffentlich, was sie schon immer geahnt und befürchtet haben: Wir sind alle l.u.p.u.s! ALLES IST LUPUS. und dahinter gibt es nichts...

In diesem Sinne bieten wir euch an, die Hauptverhandlung öffentlich zu führen, um endlich zu einem endgültigen, eindeutigen Urteil vor der Weltgeschichte zu gelangen. Staatsanwaltschaft und Richter stellt ihr, wir stellen Angeklagte und Verteidigung. Die Wahl des Ortes überlassen wir der Anklagevertretung.

All dies wirft die Frage auf, was das Interesse von fluchschrift an ihrem Rachefeldzug gegen l.u.p.u.s. ist; es ist offensichtlich nicht die theoretische Auseinandersetzung.

Wir müssen auf die Situation der verhärteten Fronten zwischen der MigrantInnengruppe Café Morgenland und der deutschen fluchschrift (die zusammenarbeiten) und dem größten Teil der linksradikalen Gruppen in Frankfurt hinweisen. An dieser Lage sind beide Seiten nicht unschuldig. Die Swing versuchte lange Zeit, die Auseinandersetzung untereinander nicht abbrechen zu lassen, ein Forum für die Diskussion zu sein. Inzwischen ist es jedoch so, daß anscheinend kein Interesse mehr an einer Diskussion besteht. Café Morgenland verbreitet bundesweit Lügen (wie z.B., daß in Frankfurt die Angeklagten im Kaindl-Verfahren als "Killer" verurteilt worden seien), unterschlägt Tatsachen, die ihnen nicht in den Kram und in die bequeme Eindeutigkeit passen. Andere Linksradikale hetzen heimlich oder offen über Café Morgenland, machen diese zum Feindbild. Aufgrund der verfeindeten Stimmung, des gegenseitigen Vertrauensverlustes, der Verletztheit, ist damit zu rechnen, daß Aktionen wie am 7. Mai in Ochtendung zu deren Café Morgenland mobilisiert, nur minimal von anderen Linksradikalen aus Frankfurt unterstützt werden. Und das, obwohl die Zielrichtung und Inhaltlichkeit der Aktion politisch geteilt wird. Dies ist paradox, wenn eigentlich zumindest punktuelle Zusammenarbeit möglich wäre. Wir stellen weiterhin fest, daß diejenigen, die von den Beschuldigungen Café Morgenland betroffen sind, kein Interesse mehr haben, bundesweit oder in der Swing zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen, auch, weil der Eindruck sich verfestigt hat, daß Café Morgenland nichts außerhalb ihres vorgefertigten, eindeutigen Urteils über deutsche Linksradikale sehen will, und dies nicht nur durch Tatsachen, sondern auch durch Lügen, Verdrehungen und Unterschlagungen stützt. Insofern wäre der ironische Vorschlag einer öffentlichen Hauptverhandlung an die Fluchschrift vielleicht auch eine Möglichkeit für eine öffentliche Auseinandersetzung mit den Kritiken Café Morgenlands.

Die Swing-Redaktion

P.S.: Um keine neuen falschen Beschuldigungen aufkommen zu lassen; am 7.Mai ist auch eine bundesweite Demo gegen den Abschiebeknast in Büren!

TEXTSTELLEN AUS DER FLUCHSCHRIFT VOM 4.1.95

Zum Antisemitismusvorwurf gegen LUPUS

„Werwolf-Truppe", wie Eike Geisel sie nannte. Eike Geisel hat ihnen kein Unrecht getan.

Während des Golfkrieges veröffentlichte die L.U.P.U.S-Gruppe einen „Offenen Brief":

Sogenannter "Witz"(Eifersüchte?)



„Gerichtet an die ehemals linken Juden, die gestützt auf die daraus resultierende Autorität den Krieg gegen den Irak politisch legitimieren. ...Wir sind einiges gewöhnt von Euch. (Unvergessen wie ihr die Repressionswelle nach dem 2.11. nutztet, um euer staatsloyales Image aufzupolieren. Unerreicht bis heute auch das Bündnis gegen die Aufführung des Faßbinder-Stücks unter systematischer Ausblendung der gesellschaftlichen Realität.) Die eine oder andere Äußerung, ..., läßt uns erahnen: Wo wir eine natürliche Grenze wähnten, da ist nur Wüste. ... Ihr seid entschlossen mit Hilfe von (wahlweise) Geld, politischem Druck, der Bundeswehr oder allem gleichzeitig das israelische Militär davor zu bewahren ihr eigenes, gigantisches Arsenal benutzen zu müssen."

Diese antisemitischen Ausfälle gipfelten in der Beschuldigung jüdische Intellektuelle hätten „*die Perfidie auf die Spitze getrieben*".

Daß die LUPUSse durchaus in der Lage sind bzgl. Antisemitismus - in Anlehnung an ihre Vorfahren - noch weiteres zu bieten, beweisen sie auch in ihrem Buch „Geschichte, Rassismus und das Boot", in dem sie die Argumentation Dan Diners eine „*Dekontaminierungsdusche Dinerscher Plausibilität*" nennen.

(S.80, Dan Diners "Veredelung" des Westens, d.h. des "Nordens" (Zivilgesellschaft) gegen Trikont)
Im Buch auch: Linke Positionen zu Israel

LUPUS boykottiert, verweigert usw.

oder Fluchschrift's Geschichtsrevisionismus

Während in Berlin die deutsche „Expertenrunde" zusammenkam, wurde in Frankfurt, nachdem bei einer Veranstaltung (mit dem Titel: „Wenn RassistInnen angreifen, sorg dafür, daß sie es NIE WIEDER TUN !") nicht über „Mord und Verrat" diskutiert wurde, die Unterstützung verweigert. (wo war LUPUS?)

Als Begründung diente der Hinweis auf den Tod eines Neonazis und auf „ungeklärte Fragen" bzgl. Aussagen zweier Angeklagter. Dahinter verbarg sich in gewisser Weise die "Rache für Schönau". Schon das erste Plakat zu Mannheim-Schönau "Vertreibt den deutschen Mob aus den Straßen von Mannheim-Schönau" (nicht von LUPUS) und die gleiche Parole zu Mannheim-Waldhof zwei Jahre später löste eine unsägliche Diskussion in der linksradikalen Szene aus.

Es gehört eine gewisse Militanz zum Mob-und Bullenvertreiben, die im Moment weder "wir", und schon gar nicht ihr habt. Autonome sind keine Truppe im Abo!

Was 1992 in Mannheim gegen den Schönauer Mob noch möglich war, konnte 1994 nicht mehr durchgeführt werden. Im Einklang mit fast der gesamten linksradikalen Rhein-Main-Szene boykottierte auch LUPUS die Aktionen gegen den Mob in Mannheim-Waldhof

LUPUS als völkische Vereinigung

/so langsam vorbei ist und sich LUPUS das massenhafte Protestpotential im deutschen Volk nicht miesmachen läßt,/

haben den Wind der deutschen Geschichte im Rücken.

Die Szene hat sich gewandelt, Aktionen, wie in Mannheim-Schönau sind passé, heute wird alles populistischer und dem eigenen Volk wird wieder mehr aufs Maul geschaut.

Am Schluß ihrer Exkursion im Begreifen „*der Ablagerungen der Geschichte im Bewußtsein des theoretischen Durchschnittsdeutschen*" werden sie dort ankommen, wo alle Linke ankommen, die sich das deutsche Volk für spätere große Taten warm halten wollen.

Wer soviel von „*Mitmachqualitäten*", „*Mittäter-Identitäten*", „*Masse der Schweigenden, nicht Opponierenden, letztlich Mitmachenden*" schwadroniert hat das dringende Bedürfnis das Volk zu entschuldigen: „*Beteiligung des bürokratischen Apparats an der Shoah, breite Zustimmung zu den Angriffskriegen und des Wohlwollens großer Teile der Bevölkerung gegenüber den politischen Säuberungsaktionen*" lautet die verharmlosende Hierarchisierung. „Volk und Shoah" bringen sie nicht zusammen über die Lippen, nur fein voneinander getrennt.

Taktiken, Verstellungen und Mode bei LUPUS

zwang LUPUS zu einigen Anpassungsleistungen/geben sie sich nachträglich naiv /

Aktionen wie in Mannheim-Schönau sind passé,

OFFENER BRIEF AN DEN BÜRGERMEISTER VON CAIAZZO-ITALIEN, NICOLA SORBO

Sehr geehrter Herr Sorbo,

Wir haben am 7. Mai in Ochtendung demonstriert, um gegen das Urteil des Bundesgerichthofes (BGH), in dem festgestellt wurde, daß die Ermordung von 22 ZivilistInnen in Caiazzo unter der Leitung des Ex-Wehrmachts-Leutnants Wolfgang Lehnigk-Emden verjährt ist, zu protestieren.
Unsere Empörung richtet sich gegen den BGH, der mit diesem Urteil der NS-Justiz im nachhinein Rechststaatlichkeit und Humanität zuspricht.
Wir haben aber auch in Ochtendung demonstriert, um unsere Empörung gegen die Gleichgültigkeit und Kumpanei der Mehrheit der Bevölkerung dieses Ortes zu zeigen. Wenn Ihre Worte in der deutschen Presse richtig wiedergegeben wurden, haben Sie gefragt, wie einer, der 22 Menschen in vollem Bewußtsein umgebracht hat, weiterhin als allseits geachtete Persönlichkeit leben kann. Die Antwort auf diese Frage ist erschreckend einfach: Das ist nur möglich, wenn seine MitbürgerInnen ihm diese Achtung und diesen Respekt zuteil werden lassen. Das ist nur möglich, wenn sie ihn als jemand der ihren akzeptieren.
Wir sind eine Gruppe von MigrantInnen und Flüchtlingen, die z.T. schon seit Jahren in der BRD leben. Einige von uns kommen aus Ländern, die, wie Italien ab 1943, von Deutschland besetzt waren. Wie Sie, kennen wir diese Zeit nur aus den Erzählungen unserer Eltern und Großeltern. Wir wissen welchen Terror und welche Demütigungen sie unter der deutschen Besatzung erleiden mußten. Wir wissen mit welcher Brutalität die deutsche Besatzungsmacht gegen ZivilistInenn vorgegangen ist. Namen wie Lidice, Oradour, Marzabotto, Kalavrita und viele andere stehen für diese Blutspur, die die deutsche Soldateska auf dem gesamten Kontinent hinterlassen hat. Wir können und werden das nie vergessen, genauso wenig wie wir vergessen werden, wie Menschen die aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit, usw. selektiert, gequält und anschließend ermordet wurden.
Wir werden das schon deshalb nicht vergessen, weil wir hier im Land der TäterInnen immer wieder deutliche Anzeichen dafür finden, daß diese Geschichte längst nicht Vergangenheit ist.

Von den NS-Richtern wurde kein einziger wegen seiner Tätigkeiten im Dienste der NS-Justiz verurteilt. Viele nationalsozialistische Führungspersönlichkeiten bezogen zudem nach dem Krieg hohe Renten. Umgekehrt kämpfen diejenigen, die wie die Wehrmachtsdeserteure sich dem Regime widersetzten, bis heute um ihre gesellschaftliche und juristische Rehabilitierung.
Sie gelten bis heute als vorbestraft! In Konzentrationslager deportierte Sinti und Roma, Homosexuelle, Zwangssterilisierte erhalten bis heute keine Entschädigung, da sie nicht als Verfolgte des NS-Regimes gelten. In vielen Fällen gab es personelle Kontinuitäten bis in die Führungsetagen der Unternehmen und in die obersten Ränge der Politik.
Das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht geht bis heute vom völkischen und Blutzugehörigkeitsprinzip aus. Sogar was die Nationalhymne betrifft, hat man auf Kontinuität gesetzt. Lediglich das laute Singen der 1. Strophe ist nicht erlaubt!

Seit der Wiedervereinigung findet in Deutschland ein Erstarken des völkischen Nationalismus statt, der mittlerweile wieder weit über hundert Todesopfer, vor allem Flüchtlinge und MigrantInnen, gefordert hat, die tägliche rassistische Anmache nicht zugerechnet. Bis heute ist ein Ende dieser Entwicklung nicht absehbar. Im Gegenteil. Deutschland ist heute wieder ein Land, das Flüchtlinge produziert. Dieser Prozeß, "dieser Weg zu einer selbstbewußten Nation" (Alfred Dregger, CDU), verläuft arbeitsteilig:
Politiker und Medien liefern dem zündelnden und mordenden Mob Stichworte und Argumente, das Volk schaut zu, klatscht Beifall und packt mit an- mit Mollis oder Kerzen - tausendfach. Dafür stehen heute die Namen Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Magdeburg, Mannheim-Schönau, -Waldhof, Mölln, Solingen usw.
Nachdem mit der deutschen Wiedervereinigung die institutionellen Voraussetzungen geschaffen wurden, versucht Deutschland wieder an seiner "Glanzzeit" anzuknüpfen. Ein essentieller Bestandteil dieses Prozesses ist die Revision, beziehungsweise Reinterpretation der Geschichte.
Wenn Sie die Entwicklung der bundesdeutschen Politik aufmerksam verfolgen, können Sie gerade jetzt, wo sich die Kapitulation Nazideutschlands zum fünfzigsten Mal jährt, diese Versuche in den Reden der höchsten Repräsentanten dieses Staates erkennen (Kohl: "keinem darf vorgeschrieben werden, an was er sich erinnert", "das schreckliche Leid deutscher Opfer", usw.). Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet am 50. Jahrestag der Kapitulation Nazi-Deutschlands die Lübecker Synagoge zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte brennt. Es ist kein Zufall, daß, wenn sie zur Zeit von Opfer reden, immer wieder sich selbst meinen. Die Töne aus dem rechtskonservativen Lager müssen geradezu als Aufforderung zum Handeln verstanden werden.
In Ihrem Interview mit der Zeitschrift "Spiegel" haben Sie gesagt, Sie wünschten eine gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte mit der Bevölkerung Ochtendungs. Wir wiederholen, was wir bereits in einem Brief an den Rechtsanwalt der Angehörigen der Opfer aus Caiazzo geschrieben haben: Diese Bevölkerung weiß nur zu gut Bescheid. Sie zieht nur ganz andere Schlüsse aus der Geschichte als die, die Sie sich wahrscheinlich wünschen.
Spätestens seit 1992 ist das Massaker von Caiazzo diesen Leuten bekannt. Wenn sie bis heute nicht in der Lage waren, wenigstens ein Wort des Bedauerns zu finden, dann deswegen weil sie sich für den Frieden mit den Tätern entschieden haben. Damit Sie Sich einen Eindruck von der Stimmung in Ochtendung machen können, schicken wir Ihnen die Kopie einer Videoaufnahme eines Fernsehberichts über die Ochtendunger Reaktionen auf das damals erst bevorstehende Urteil mit. Wir schicken Ihnen außerdem Fotos aus Ochtendung.
Am Ort der Auftaktkundgebung wurde in der Nacht zuvor, wie uns der Pfarrer bestätigte, ein Davidstern mit dem Wort "Satan" und an der Kirchenmauer "Sieg Heil" gesprüht. Afrikanische Freunde von uns sind in Ochtendung mit dem "Hitlergruß" (erhobener Hand) und "Heil Hitler"-Rufen begrüßt worden. Eine spontane Reaktion, instiktiv sozusagen beim Anblick von schwarzen Menschen. Vor einiger Zeit ist auf eine Siedlung von Sinti und Roma in der Nähe von Ochtendung ein Brandanschlag verübt worden.
Alles in allem klare Zeichen!
Wieso werfen Sie den OchtendungerInnen die Toten jetzt noch einmal vor die Füße?

Ihr Vorschlag, den wir in der Tageszeitung "Frankfurter Rundschau" vom 11.5.gelesen haben, eine Städepartnerschaft mit Ochtendung einzugehen, wird dieser Entwicklung weiter Vorschub leisten. Er wird letztlich mit an der Spirale drehen, die für uns das Leben in diesem Land jeden Tag mehr und mehr zu einer Frage des Überlebens werden läßt.
Das Ergebnis steht bereits fest: Ihr Vorschlag wird der Ausweg sein, um den "schlechten Ruf des Dorfes" wieder abzuschütteln. Denn das ist deren einzige Sorge. Nach der Demo haben sie eiligst eine nicht-öffentliche Dringlichkeitssitzung des Gemeinderates einberufen, nicht um - in nachinein - mit dem Kriegsverbrecher abzurechen, sondern um das Ansehen des Dorfes aufzupolieren.
Etwas anderes haben wir nicht erwartet. Wie in dem Redebeitrag (den wir mitschicken) steht, wurde dort vor 50 Jahren die dort existierende Jüdische Gemeinde ausgelöscht. Sie hatten also 50 Jahre Zeit mit ihren Eltern und Großeltern diese Geschichte in Ihrem Sinne aufzuarbeiten. Warum sollten sie es jetzt für Caiazzo tun?
Wenn Ihnen wirklich an Toleranz, Solidarität und Gerechtigkeit gelegen ist - wie Sie in Ihrem Brief schreiben, dann verschließen Sie die Augen vor der aktuellen Entwicklung in Deutschland nicht. Wenn Sie an die Menschen gedenken wollen, die 1943 im Namen einer Herrenmenschenideologie auf grausame Weise ermordet wurden, vergessen Sie nicht, auch an die Menschen zu denken, die heute und jetzt in diesem Land um ihr Leben fürchten müssen.
Daher bitten wir Sie, Ihren Vorschlag zurückzuziehen. Solange sich die Bevölkerung dieses Landes weigert, die Verantwortung für ihre verbrecherische Vergangenheit zu übernehmen, solange Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten in diesem Land weitergehen, werden solche freundlichen Gesten aus dem Ausland mit an der Schlinge drehen, die um unseren Hals liegt.

P.S.: Es tut uns leid, daß wir nicht in der Lage waren, in der Kürze der Zeit für eine italienische Übersetzung zu sorgen. Nachdem wir erfahren haben, daß Sie vorhaben Ochtendung zu besuchen, war es uns wichtig, möglichst schnell unsere Sicht der Dinge darzustellen. Im Wissen jetzt um die Situation vor Ort und im Lande, im Wissen um die Folgen Ihres Vorschlags für uns können Sie Ihre Entscheidung revidieren oder beibehalten.

Cafè Morgenland in Frankfurt/M., 13. Mai 1995



DIE LINKS-LENINISTISCHE POSTMODERNE UND DER 8. MAI

THESEN, KRITIKEN, UNBERÜCKSICHTIGE EINWÜRFE

Die Mobilisierung zum 8. Mai ist ziemlich unbemerkt vorbei gegangen. Wird die Debatte um den 8. Mai nach dem Datum in Vergessenheit geraten, oder wird sie auf die Theorie und Praxis der Linken weiterhin Einfluß haben?

Als Beitrag für den Fortgang der Debatte dokumentieren wir verschiedene Texte.

In Kapitel I sind Kritiken sowohl an der autonom operaistischen als auch an der antideutschen Position sowie ein Text zur „Problematik juristischer Faschismusbewältigung" dokumentiert. Der im letzt genannten Text aufgezeigte Effekt der Verschiebung des Blickwinkels von den gesellschaftlichen Verhältnissen hin zum Nachweis, „daß die Angeklagten aus freiem Willen gehandelt haben (was die Möglichkeit des Befehlsnotstands einschließt)", gilt entsprechend auch für die antideutsche Parole „Deutsche Täter sind keine Opfer". Damit gerät aus dem Blick, daß es nicht *einzelne* TäterInnen waren, die vom gesellschaftlichen Konsens abgewichen sind, sondern daß sie gerade in Übereinstimmung mit und als TrägerInnen *gesellschaftlicher* Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen agiert haben.

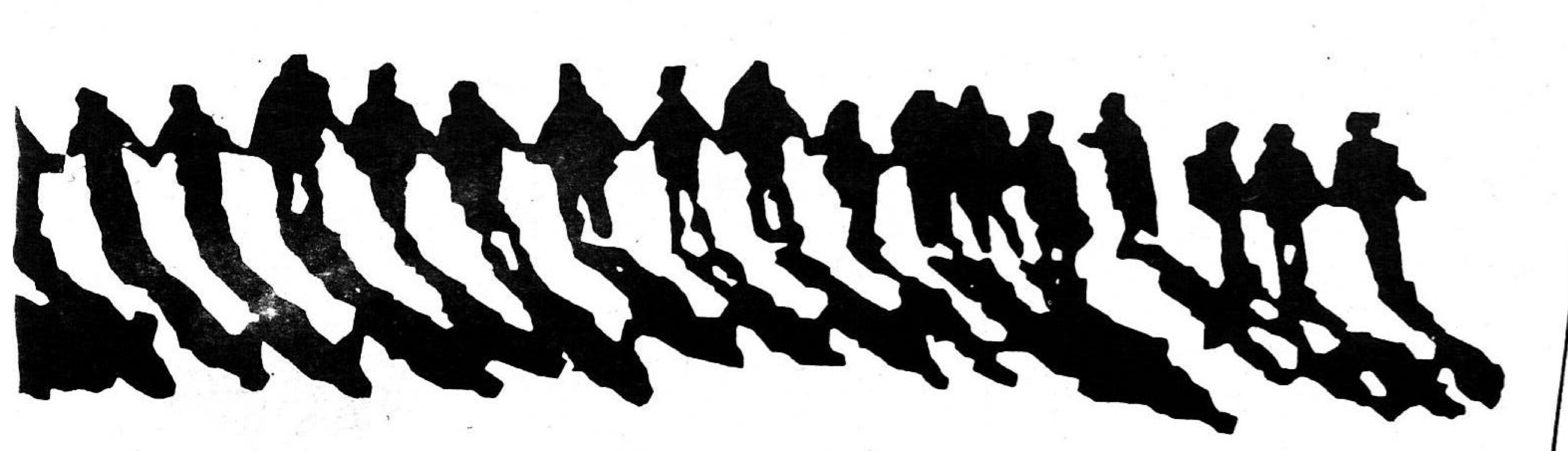
Davon ausgehend dokumentieren wir im zweiten Teil Texte, denen es nicht darum geht, sich als *gute* antideutsche Subjekte im Gegensatz zu den *schlechten* deutschen Subjekten zu inszenieren, sondern darum, die gesellschaftlichen Verhältnissen anzugreifen, u.a. „die rassistische Gemeinschaft von innen zu zersetzen" (Balibar).
Mit der Dokumentation der Texte von Balibar und Pecheux zeigen wir, daß es durchaus möglich ist, *gerade* mit marxistischen Ansätzen die poststrukturalistisch/ dekonstruktivistische Identitätskritik aufzugreifen, was eine Kritik an einem „irgendwie modifizierten Marxismus (plus Adorno und Freud)" (17°C, Nr 9) einschließt.

Unser Vorschlag für die 8.Mai-Demo in Berlin war daran orientiert, durch den Bezug auf den revolutionären Widerstand zur Zersetzung der Nation beizutragen. Davon übrig geblieben ist der Redebeitrag, den wir auf der Demonstration halten werden.
Broschürengruppe

Was steckt hinter der gegenwärtigen Althusser-Renaissance?

10 Jahre nach seinem Tod ist der marxistische Philosoph Louis Althusser wieder in Mode gekommen. Sowohl in der Antirassismusdiskussion als auch im Kontext der neueren feministischen Debatten wird auf seine Theorieelemente zurückgegriffen, wenn gegen die diskurstheoretische Auflösung der objektiven Realität die materielle Verankerung der Diskurse in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und den ideologischen Staatsapparaten betont wird. Wir wollen in der Arbeitsgruppe vor und zur Diskussion stellen, was uns als politische AktivistInnen, die an der Rekonstruktion revolutionärer Politik arbeiten, an Althusser interessiert.
Broschürengruppe

Volksuni '95, Humboldtuni, genauer Termin bitte dem Veranstaltungsprogramm der Volksuni entnehmen



Die Folgende Broschüren und Reader sind von uns herausgegeben worden und können jeweils für 10 DM über folgende Adresse bestellt werden:
Broschürengruppe, c/o Kopierladen M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin

Das Geld kann entweder im Briefumschlag mitgeschickt oder auf folgendes Konto überwiesen werden:
C. Müller,, Kontonr.: 76 55 38 101, Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(bitte unbedingt angeben, welche Broschüren oder Reader bestellt werden).

1. Für eine neue revolutionäre Praxis! Triple oppression & bewaffneter Kampf, eine Dokumentation von antiimperialistischen, feministischen, kommunistischen Beiträge zur Debatte über die Neubestimmung revolutionärer Politik 1986 - 1993, Selbstverlag, Berlin 1994[1], 1995[2]
2. Ein Spiel auf Verlust? Althusser und die revolutionäre Neubestimmung, Selbstverlag, Berlin, 1995
3. Texte zur Stalinismus-Diskussion, Selbstverlag, Berlin, 1995
4. Frankfurter Schule - Schule der Autonomen?, Selbstverlag, Berlin, 1995
5. Die linksleninistische Postmoderne und der 8. Mai, Selbstverlag, Berlin, 1995

In diesen Zusammenhang verweisen wir auf andere Texte, die von uns als Gruppe oder von einzelnen Genossen veröffentlicht wurden. Falls die angegebenen Quellen nicht aufzutreiben sind, stellen wir die Texte auf Wunsch gegen Kopie- und Portokosten zur Verfügung.

1. Staat, Gesellschaft, Totalität. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der RAF, in AK 368, 06.07.1994, S. 34 - 35
2. Text zur Veranstaltungsreihe der Broschüre „Triple oppression & bewaffneter Kampf" „What will the revolution change?", in Interim, Nr. 306, 03.11.94, S. 12 -14
3. unser gemeinsam mit der Hintergrund-Redaktion/Osnabrück verfaßter Wahlaufruf zugunsten der PDS: „Wenn wir die Revolution machen könnten, bräuchten wir keine bürgerlichen Parlamente zu wählen. Deshalb: Für eine kritische Unterstützung der PDS!, in Interim, Nr. 303, 13.10.1994, S. 24 -27
4. revolutionäre Bewegungspolitik - Abschied von etwas, was es nie gegeben hat? Teil I und II), in: Interim, Nr. 326, 06.04.1995, S. 29 und Nr. 327, 13.04.1995, S. 10-11
5. Arbeitsgruppe „KommunistInnen in der Nähe der Autonomen", Kommunismus - Thesen auf dem Autonomiekongreß, in: Interim, Nr. 327, S. 11 - 12

ANTI-VEGANER(INNEN) & ANDERE SPALTER(INNEN)

Ich habe die von der Gruppe "im Rausch der Tiefe" initiierte Diskussion um die Zeitschrift "Instinkt" schon länger ver-
folgt, hatte aber bisher nicht die Zeit gefunden darauf einzugehen, weil ich in aktuellen politischen Kämpfen eingebun-den bin, wo mir kaum Zeit bleibt. Die Diskussion um Frontline/Hartline sind für mich nichts neues: seit wir in Berlin an-gefangen haben, organisiert Autonome Tierrechtsarbeit zu machen, waren wir mit der Diskussion konfrontiert. Wir haben als BerlinerInnen zwar mit den Positionen von Frontline Schwierigkeiten gehabt, aber es bedurfte mehrerer Gespräche und einer längeren Zeit, um zu erkennen, daß ihre Veröffentlichungen nicht sprachliche Ausrutscher von politischen AnfängerInnen waren. Daß wir bis zur jetzt von iRdT an "Instinkt" aufgerollten Diskussion noch keine gemeinsame Abgrenzung zu Frontline-Positionen auf Reihe bekommen haben, ist natürlich ein Versäumnis politischer Relevanz, hat aber auch einige Gründe, wie z.B. die ständige Auseinandersetzung mit intoleranten Nichtveganer-Innen & NichttierrechtlerInnen aus der Linksradikalen Scene zu der ich mich zumindest zugehörig fühle.
Die Kritik von iRdT an Frontline fand ich schon ab dem 1.Papier (welches auch in der Interim veröffentlicht wurde) problematisch , weil es neben der von mir geteilten Kritik an Frontline noch eine pauschalisierende Diffamierung von (politischen) VeganerInnen gab und sämtliche Kritik entweder überzogen oder konstruiert war. Ich will aber jetzt nicht mehr die zurückliegenden Papers auseinandernehmen, es läßt sich viel deutlicher an ihren Verdrehungen und Diffamierungen in dem in der letzten Interim Nr.331 erschienen Artikel erkennen.
Grundsätzlich viel mir erstmal in ihren Papers ein Sprachverhalten auf, das bewußt Menschen ausgrenzt. Sie wurden für StudentInnen geschrieben, so daß sich erstmal alle anderen durch ein Wust von Fremdwörtern und Fußnoten zu kämpfen hatten. Solch eine Schreibweise kann darüber hinaus auch einen wissenschaftlichen, subjektiven Anschein und größeres Wissen vorspielen, wobei ich die meisten eurer Konstrukte (im Gesamtzusammenhang als Argumente gegen unsere Positionen) nicht belegt fand!
Eure heuchlerische Solidarisierung mit TierrechtlerInnen, NaturschützerInnen und im stillen Kämmerchen praktizie-renden VeganerInnen halte ich für aufgesetzt und sie wird in euren Text durch die Art der Auseinandersetzung widerlegt.
Eine eurer undifferenzierten Herangehensweisen ist die Gleichsetzung von Esoterik mit Faschismus, was ich auch bei etlichen Antifas kritisiere und auf eine einseitige Auseinandersetzung zurückführe. Als Denkanstoß könnte dabei vielleicht die Hexenbewegung herhalten, welche sich sowohl in der Frauenemanzipation wie auch (in etwas anderer Form) bei naturreligiösen Gruppen wiederfindet. Ich sehe es als ein großes Problem an, daß ein nicht geringer Teil mittlerweile (wieder) von ÖkofaschistInnen beeinflußt wird oder sogar gänzlich unterwandert wurde. Aber eine Lös-ung kann nicht sein, alle Spirituellen Menschen und Positionen in die Faschismusecke zu rücken. Dadurch machen wir es den braunen Vordenkern umso leichter, zumal viele (ehemalige) Linke in diesen Bereichen zu finden sind und faschistische StrategInnen seit jeher damit beschäftigt sind, linke Themen zu vereinnahmen, um AnhängerInnen für ihre lebensverachtende Politik zu gewinnen. Ihr schreibt aber einfach platt von "Esoterik, Naturmystik, Ernährungs- und Gesundheitsphilosophien und sämtlichen anderen Spielarten des Ökofaschismus".
Genauso benutzt ihr ***ein*** Beispiel von ***einer*** Ernährungsrichtung -hier Makrobiotik (mit der ich mich bisher noch nicht auseinandergesetzt habe) - um sämtliche Ernährungsrichtungen oder deren politische Relevanz in Frage zu stellen .
Naturlich spiegeln die meisten ProtagonistInnen von den unterschiedlichsten und sich teilweise widersprechenden Ernährungsrichtungen die bürgerliche Gesellschaft wider, aus der sie auch kommen. Ich finde aber genauso wie bei polit-strukturellen Diskussionen nicht wichtig, wer was gesagt hat ("Es iebe Bakunin, Trotzki, Lenin, Marx..."), sondern die Praxis und Inhalte, welche weitergeführt werden müssen und in einem Gesamtzusammenhang erst Relevanz be-kommen.
Wenn eurer Meinung nach Ernährungslehren nur dazu dienen , den Menschen zur Arbeitsleistung fähig zu machen (was in der Praxis schonmal nicht hinhaut), ist dann die Schlußfolgerung daraus, daß wir uns alle von dieser Gesell-schaft noch kranker machen lassen?! Ich denke, daß Krankheit in dieser Gesellschaft zumeist durch Ausbeutung verursacht wird: durch Arbeit und durch psychische und physische Gewalt schlechthin. Sie gipfelte ua. in der Vernich-tung durch Arbeit im NS-Staat. Krankheit kann einschränken, Entwicklungen be-/verhindern, Leiden verursachen/ verstärken usw., usf. Inwieweit mensch von Krankheiten und den daraus folgenden Gegebenheiten betroffen ist und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, können nur die Betroffenen bestimmen. Es könnte derart aussehen, daß durch die von der Gesellschaft verursachte Krankheiten bewußt gemacht werden und gegen die Ursachen gerichtet wird (zB SPK). Ich muß auch euer Totschlagsargument der "Behinderten"feindlichkeit in Frage stellen, wobei ich es problematisch finde, wenn unterdrückte Gruppen dazu herhalten müssen, um andere Gruppen zu diffa-mieren. Die Ausgrenzung von sogenannten Behinderten ist ein gesellschaftliches und nicht gesundheitliches Problem!

Eine weitere Verdrehung ist die Behauptung, eine Differenzierung zwischen Tier und Pflanze (bei der Ernährung) sei homozentristisch. Ich sehe den Mensch sich eher in den Mittelpunkt stellend, indem er/sie sich über Pflanzen <u>und</u> Tiere stellt und meint diese ausbeuten zu können, wie's ihm/ihr beliebt. Ich denke, daß die Unterdrückung unserer

Geschwister aus dem Tierreich (der Mensch ist daraus nur eine Spezie) in größerem Maße als bei unseren Geschwistern aus dem Pflanzenreich stattfindet. Mir geht es aber darum, einen Weg zu finden , welcher einerseits die kleinste Ausbeutung anderer Lebewesen (Einschließlich dem Organismus Erde) und andererseits eine für die eigene Spezie akzeptable Lösung bietet (Astronautennahrung macht krank und der Ursprung ist auch Leben). Als Lösungsrichtung sehe ich auch das Beispiel der Respektierung und Danksagung indigener Völker zu ihrer Ernährung, mich verwundert nur, daß ihr euch auf diese bezieht, wo sie doch durch ebenjene und andere naturreligiöse Handlungen von euch in die Faschoecke gepackt werden müßten. Oder könnt ihr bei diesen unzivilisierten Menschen über deren esoterischen Handlungen ausnahmsweise hinwegsehen?! Ich versuche einen respektvollen Umgang mit allen Lebewesen -einschließlich dem Lebewesen (Mutter)Erde- zu praktizieren. Einer ist das Verhindern von nutzlosem Töten von Tieren in *dieser*Gesellschaft und ein anderer die Zurückdrängung der Kultur des Ausbeuters aller Lebewesen: des zivilisierten, christianisierten, europäischen Menschen.
Für mich ist es fragwürdig, wenn ihr euch einerseits an Tierausbeutung beteiligt, aber behauptet diese bekämpfen zu wollen, wobei ich von euch in dieser Richtung noch nix bemerkt habe... Was maßt ihr euch an, uns auf der Ebene gelebte Konsequenz-höhere Ziele spalten zu wollen! Wenn es eure Praxis ist, dann müßt ihr damit klarkommen, aber dies allgemein infrage zu stellen, zeigt nur eure Arroganz sich über andere politische Ansätze zu stellen. Eure Herangehensweise, der Versuch eines öffentlichen, kritischen Auseinanderpflückens einer in der linksradikalen & linken Szene ungeliebten Position ist gerade wegen der Nichtauseinandersetzung der meisten mit dem Thema Tierrechte und speziell Veganismus, infrage zu stellen. Genauso wie wir früher in der bürgerlichen Gesellschaft und von Linken/ Linksradikalen zu hören bekamen (und immer noch zu hören bekommen), daß tierische Nahrung lebensnotwendig sei und wir verweichlicht wären, wenn wir uns als VeganerInnen oder selbst als Ovo-Lacto-VegetarierInnen zu erkennen gaben, ist es mittlerweile *in*, von FleischfresserInnen den Spruch "Pflanzen sind auch Lebewesen" an den Kopf geknallt zu bekommen. Natürlich ohne daß sich diese damit auseinandersetzen und die Lebewesen dementsprechend behandeln würden. Genauso sehe ich euren Umgang damit.
Was ist der Grund eurer undifferenzierten, unsolidarischen Kritik? Werdet ihr zusehr durch unsere Lebensweise in eurer ansonsten auf pc bedachten Lebensweise infrage gestellt oder sind es die -wie ich gehört habe- Kontakte zu Hartline/Frontline-Leuten?
Indem ihr Veganismus & und die (politischen) Forderungen daraus als persönliche, individuelle und moralische Entscheidung akzeptiert und sie als politische Forderung infrage stellt (woher nehmt ihr euch überhaupt das Recht darüber zu urteilen, was politisch ist und was nicht?!), macht ihr einen klaren Trennungsstrich zwischen Politischem und Privatem. Außerdem ist dies wieder ein Abschieben einiger Themen in den Privatbereich, um den einen bis zu drei Hauptwidersprüchen zuzulassen. Der Rest wird "nach der Revolution" behandelt....
Eine der übelsten Verdrehungen habt ihr damit aufgestellt, daß wir gegen Fleischkonsum sind, um die Sojabohnen, die im Trikont angebaut werden, selbst fressen zu können, obwohl ihr selber zugegeben habt, daß für die "Produktion" für 1 kg Fleisch 7 kg Getreide benötigt wird. Abgesehen davon, daß das von mir Konsumierte Soja aus ökologischen Anbau -also aus USA oder Italien- kommt, könnten von den 7 kg Getreide 6 kg von der dortigen Bevölkerung zurückbehalten werden, wenn ihr auf euern Fleischkonsum verzichten würdet. Natürlich wäre damit nicht automatisch der Kolonialismus aufgehoben, aber es wäre 1 Konsequenz. Und wie ihr in eurer Argumentation einen Zusammen-hang zu HERRschenden Strategien und Argumenten & dann noch zur "Überbevölkerung" zieht, krieg ich beim besten Willen nicht hin!
Ihr stellt die politische Forderung des Fleischverzichts infrage, indem ihr Tiermord mit Vergewaltigung gegen Frauen vergleicht und schlußfolgert genauso wie dort (bei Vergewltigungen) nicht die Quantität zählt, darf auch bei Tiermord nicht nachgezählt werden. Wenn ich genauso diffamierend wie in euren Texten vorginge, würde ich euch bei diesem Vergleich fragen, ab welcher Qualität denn dann Vergewaltigungen stattfinden dürfen, da es für euch ja hierum bei Tiermord geht. Aber der Vergleich hinkt schon vorher, weil es nicht nur um Zahlenspiele sondern vor allem um wirt-schaftliche Ausbeutung geht: für die Tiere, deren einziger Lebenszweck darin besteht, eingesperrt zu sein, um getötet zu werden, dafür werden in fernen Gebieten Pflanzen in Monokulturen angebaut (nachdem eine Vielzahl anderer Pflanzen, Tiere, Menschen dafür getötet oder vertrieben wurden) , wärend die dort lebenden Menschen und Tiere (ver)hungern. Abgesehen davon zählt für mich aber trotzdem bei Tiermord die Quantität: genauso wie jede Verge-waltigung eine zuviel ist , ist jedes ermordete und in Knechtschaft dahinvege*tier*ende Lebewesen eins zuviel.
Einerseits ist aus bremer Zusammenhängen die große Empörung über einen Angriff auf'n Metzger gekommen, nur weil der Laden zu klein war und diesmal gezielt vorgegangen wurde und nicht undifferenziert wie öfters schon in Berlin bei 1.Maien oder anderen Anlässen in der Vergangenheit, was nicht so heftige Reaktionen ausgelöst hatte. Andererseits wird uns der Spieß umgedreht und alle Kapis sind gleich & somit jeder Boykott unrealistisch und bloß nicht bewußt handeln, nur noch warten auf die große Revolution ist angesagt...
Was daran kleinbürgerlich ist, sich auf die Monopole zu konzentrieren, müßt ihr mir auch nochmal erklären und wo gibt es eine Solidarität mit Bioladenbesitzern (vielleicht weil wir lieber in größeren Läden einklauen, anstatt die letzten kleinen ebenso zur Aufgabe zu zwingen , was die kapitalistische Entwicklung eh vorantreibt. Und was versteht ihr unter Solidarität mit dem "Proletariat" , wobei erstmal dieses festgelegt werden müßte.

Eure Reduzierung eurer "Nebenwidersprüche" auf individuelle Einzelentscheidung sagt nur was über eure Hierarchisierung von Ausbeutungsverhältnissen aus (Konsum ist alles ein und derselbe Brei, mensch blickt da eh nicht mehr durch und ein bißchen Nebenwiderspruch mehr oder weniger ist auch egal.....). Eure konsumkritik ist pauschalisierend und oberflächlich. Natürlich reicht uns einfacher Konsumboykott nicht aus & mit Leuten, die ihr Outfit klarhaben, aber sonst nix (was hat das überhaupt mit Konsum zu tun?), haben wir auch Probleme. Aber euer Vereinheitlichungsbrei stimmt ersteinmal so nicht: es gibt (lebens)notwendigen und zusätzlichen (durch diese zivilisatorische Gesellschaft geschaffenen) Konsum. Es ist Schwer da 'ne Grenze zu ziehen und dann konsequent in diesem Scheißsystem dies zu leben, wo es für mich hier mehr ein Überleben ist. Aber wir versuchen einen Anfang zu machen und das was darüber-hinauspassiert, zeigen die Angriffe auf Metzgereien, Zoos, Zirkusse, Versuchslabore usw..

Eure Begründung der konterrevolutionären Eigenschaft von Konsumboykotten mit dem staatlichen & kapitalen (scheinbaren) Draufeingehen und Reformieren dieser Bewegung und dem einseitigen Verhalten des Gros der Boykottierenden, ist sehr kurzsichtig. Schließlich ist die HERRschende Strategie der Aufstandsbekämpfung seither in der Geschichte der patriarchalen, christlichen, imperialistischen, spezizistischen,rassistischen und später kapitalistischen, fa-schistischen Unterdrückung ein gnadenloses Niedermetzeln oder Vereinnahmen/Reformieren bis zur Unkenntlichkeit gewesen. Daran hat sich nix geändert und daran läßt sich keine Befreiungsstrategie kritisieren; nur daran, wieweit sie greift und darüber hinaus wirkt. Und daß ein Konsumboykott und bewußtes Handeln auch im"Alltag" alleine nicht ausreichend ist, ist selbstverständlich. Aber es gibt immer Menschen, die auf einer Ebene stecken bleiben, ob's auf der Konsumboykott- oder der abgehobenen Kritisier-Kaputt-Ebene ist....

Eure ganze Diffamierungsweise baut einzig darauf, daß sich die meisten Linken mit unseren Inhalten nicht beschäftigt haben und ihr seit (mittlerweile) keinen Deut mehr diskussionswürdig für mich. Einzig die Veröffentlichung in einem Diskussionsblatt , zu deren politischen Ausrichtung ich mich zugehörig fühle, machen meine Reaktion auf euer Paper notwendig. Ich hätte euch nicht zum Tierrechtscafe (zumindest nach dem letzten Paper von euch) eingeladen. Schon bei euren bisherigen Papers fand ich einen Teil konstruiert. Genauso find ich 's überzogen, Kritik in diesem Zusam-menhang zu erwähnen, die fast gegen die gesamte linksradikale Szene zu stellen wäre (zB. "Behinderten"feindlichkeit konstruiert aufgrund des Hassitragens von TierbefreierInnen). Ich denke euch geht es nur darum eine andere Position grundsätzlich als abwegig darzustellen und euch sind da alle Mittel der Diffamierung recht. Genauso zeigt sich eure Arroganz gegenüber TierrechtlerInnen/ErdbefreierInnen in eurem Schrieb mit der Überschrift "Die Wölfe beginnen zu jaulen" . Damit stellt ihr euch in meinen Augen in die Tradition der christlichen Kreuzritter, die verächtlich von der "Heidenangst" der von ihnen Unterjochten redeten, was sich bis heute als Wort gehalten hat.

Ich denke, mensch ist darüber zu beurteilen, wie er/sie handelt und nicht was er/sie dahinschwätzt. Ich frag mich mittlerweile, ob ihr eure Aufgabe einzig darin seht, funktionierende aktive Zusammenhänge durch destruktive Kritik zu lähmen, anstatt eine eigene (und wenn ihr meint bessere) Praxis zu entwickeln. Mir geht es in erster Linie um ein Aufbauen und Fortentwickeln und dazu ist Kritik auch vonnöten, aber die Art und Weise ist entscheidend. Eine vernichtende, diffamierende, destruktive Kritik schafft Fronten und ist spalterisch. Daß es viele verschiedene Richtun-gen und Ansätze gibt, ist logisch und notwendig. Aber wenn mensch es sich zur Aufgabe macht etwas kaputtzudis-kutieren, werde ich jene nicht mehr ernstnehmen.

Tecumtha



21.55 Uhr · VOX ❖❖❖

Im Rausch der Tiefe

Als Exkursion in die Untiefen der Seele und die des Meeres inszenierte Luc Besson seinen Thriller: Es geht um zwei Freunde, Jean Reno (Foto) und Jean-Marc Barr, die sich einen erbitterten Wettkampf im Tauchen ohne Sauerstoffgerät und um die Gunst der schönen Johanna (Rosanna Arquette) liefern und dabei fast auf Grund laufen.
(Frk./1987) Foto: Vox

Notwendige Erklärung

warum wir nicht mehr RedakteurInnen der jungen Welt *sind*

PS vorweg: Dieser Text wurde Anfang Mai geschrieben und konnte aufgrund der Abstimmungsprobleme zwischen Nord-, Süd- und Ostdeutschland die neuesten »Differenzen«, »Gegenddarstellungen«, »Sach-Zwänge« für Diskussionen etc. nicht aufgreifen. Wir denken aber, daß für die von uns beabsichtigte Debatte die Droste-, die »Mißbrauch mit dem Mißbrauch«- und die Haupt-/Nebenwiderspruchs-Diskussionen wenig beitragen können – diese Kontroversen wurden schon einmal in einer »ganz anderen Tageszeitung« ausgefochten und nichts spricht bislang dafür, daß die Diskussion in der jW *produktiver ausfallen könnte. Und Neu-Begründung von Tabubrüchen und ML-Nostalgie finden wir schrecklich ermüdend.*

Wir sind in den letzten Wochen von vielen Leute angesprochen worden, warum wir nicht mehr RedakteurInnen der *jungen Welt* sind, in etlichen Debatten haben wir die wildesten Vermutungen über das gehört, was sich in der *jungen Welt* nach dem Konkurs des »azzurro Medien Verlages« ereignet habe (»die antinationalen Dogmatiker aus Hamburg sind weg«, »die *junge Welt* wird wieder eine Ost-Zeitung«). Da die neue (Chef-)Redaktion in dieser Frage wenig Transparenz hergestellt hat und wir andererseits denken, daß die Differenzen innerhalb der alten (und damit auch zwischen Teilen der alten und Teilen der neuen) *jungen Welt* für das Verhältnis von radikalen Linken und Feministinnen zu Medien allgemeinere Bedeutung haben, haben wir ein paar kritische Überlegungen aufgeschrieben. Um es vorwegzunehmen: Unser Verhältnis zur *jungen Welt* heute ist widersprüchlich. Einzelne von uns schreiben weiterhin für sie, weil wir wissen, daß es keine andere Tageszeitung in der Deutschland gibt, in der z.B. ohne Einschränkungen eine linke Berichterstattung über den Hogefeld-Prozeß oder eine antiparlamentarisch fundierte Kritik an den Grünen etcpp. veröffentlicht werden kann. Einigen Leuten in der Redaktion wissen wir uns außerdem persönlich und politisch nach wie vor verbunden. Uns liegt also überhaupt nicht daran, Stimmung gegen das neue Projekt zu machen. Wir lehnen aber, z.T. aus Erfahrungen mit linken Medienprojekten, die weiter zurückreichen, als die Geschichte der *jungen Welt* im Westen, auch die Solidarität ab, die, »Hauptsache sie erscheint« bzw. »weiter weiter«, sich eine Auseinandersetzung mit dem Objekt des genügsamen Engagements erspart. Und auch der Hinweis, daß Kritik zu warten habe, bis die Krise überwunden, durchwandert oder ausgestanden sei, überzeugt uns nicht (zumal innerlinke Kritik damit bis auf weiteres umfassend suspendiert wäre).

Die *jungeWelt*, die im April 1994 von Hermann L. Gremliza entscheidend umgestaltet worden ist, hatte im Oktober 1994 eine weitere Zäsur erlebt. Mit dem Antritt von Oliver Tolmein als Chefredakteur sind auch die meisten von uns zur Redaktion gestoßen, u.a. aufgrund der Bemühungen, möglichst viele Frauen als Autorinnen und Redakteurinnen für ein in schlechter linker Tradition männerdominiertes Blatt zu gewinnen.

Im März 1995 war diese *junge Welt* an einem Endpunkt angekommen:.Das lag zum einen sicher an der unzureichenden finanziellen Ausstattung (oder Engagement) des Verlages. Zum anderen aber daran, daß sich die Abozahlen entwickelt haben, wie vernünftigerweise zu erwarten war – daß eine »vernünftige Entwicklung« nicht ausreichen würde, eine gute linke Zeitung zu machen, war allen Beteiligten aber klar (und auch in diversen Anzeigen und öffentlichen Statements erklärt worden). Eine Steigerung von ca. 150 auf ca. 260 Abos innerhalb eines Jahres in Westberlin (um nur mal ein besonders krasses Beispiel zu nennen) hat sicher auch ein paar hausgemachte Gründe (z.B. schlechtes Image des Verlages, zu wenig Werbung), dokumentiert aber auf jeden Fall, daß der Bedarf nach einer »täglich linken radikalen Tageszeitung« nicht so dringend war wie wir gewünscht haben (und wie es nötig gewesen wäre).

Angesichts dieser Situation war für uns im April die Frage: Mit welcher Perspektive könnte die *junge Welt* weitergeführt werden? Und: Warum sollte die *junge Welt* weitergeführt werden? Genau darüber ist in den entscheidenden Tagen überhaupt nicht geredet worden. Stattdessen hat sich eine (größer werdende) Gruppe für die Weiterführung um jeden Preis ausgesprochen. Als Begründung diente die Generalklausel, daß ein linkes Projekt wie die *junge Welt* gerade in diesen Zeiten nicht aufgegeben werden dürfte.

Für uns stand dagegen im Vordergrund die Frage: Was kann die jungeWelt weiterhin (politisch und journalistisch) leisten? Klar war, daß der Umfang auf absehbare Zeit auf 16 Seiten (also um ein Drittel) reduziert werden müßte, daß deutlich weniger Leute weiterhin in der Redaktion und im nicht-redaktionellen Bereich würden bezahlt werden können. Wir hatten aber schon in den Wochen und Monaten zuvor die Erfahrung gemacht, daß wir zu vielen Themen nicht ausreichend recherchieren können, um unseren eigenen Ansprüchen zu genügen. Das hat vor allem damit zu tun, daß wir meinen, linker Journalismus muß mehr als nur staatstragende Ideologie in Tickermeldungen durch staatsfeindliche auszutauschen. Es hilft nichts festzustellen, daß Bioethik nicht humanitär, sondern rassi-

stisch wirkt, wenn wir keine Fakten und Zusammenhänge liefern können, die klären, was »rassistisch« ist, wie Bioethik wirkt etc. Auch die Polizeiliche Kriminalstatistik läßt sich nur auseinandernehmen, wenn man die Zeit und die Kenntnisse hat, sie zu analysieren, zu schauen, wie sie manipuliert. Uns ist das in manchen Bereichen gelungen – ganze Themenbereiche haben wir aber, obwohl wir sie für wichtig gehalten haben, auch gar nicht qualifiziert bearbeiten können (z.B. Sozialhilfereform, neue Entwicklungen in der Arbeitsorganisation). In anderen Bereichen haben wir eine zufriedenstellende Berichterstattung nur gewährleisten können, weil die entsprechenden Leute am Rande ihrer Kräfte gearbeitet haben.

Innerhalb der Redaktion hatte diese Routine der Überlastung zur Folge, daß wichtige Diskussionen gar nicht oder erst im allerletzten Moment geführt worden sind: Besonders deutlich wurde das am Thema Sexismus.

Grundlegende Differenzen innerhalb der Redaktion deuteten sich zwar über Monate an, wurden jedoch nicht ausgetragen. Erst als eine Praktikantin (auch das ein Indikator für die Situation in der Redaktion) auf eine Comic-Rezension reagierte, in der eine Vergewaltigung als »angenehm wüst« charakterisiert worden war, ohne daß zwischen Darstellung und Wirklichkeit unterschieden worden war, kam es zu einer Reihe von Stellungnahmen im Blatt, die zunächst eine Diskussion innerhalb der Redaktion ersetzten. Als der Chefredakteur einen weiteren Diskussionsbeitrag aus der Produktion kippte, weil dieser seiner Ansicht nach sexistisch war, kam es zur internen Diskussion – und auch da war zunächst offen, ob sich aus dieser Maßnahme eine Zensur- oder eine Sexismus-Debatte entwickeln würde.

Auch für konzeptionelle Auseinandersetzungen (z.B. über die oft kritisierten Sport-Seiten, die 8. Mai- oder die Osteuropa-Berichterstattung) blieb nur wenig Zeit und Kraft. Das hat auch damit zu tun gehabt, daß wir (alle in der *jW*) versucht haben, eine Zeitung zu machen, in der sehr unterschiedliche linke und feministische AutorInnen präsent sind und aufeinandertreffen (statt nebeneinanderher zu schreiben), so daß eine produktive Spannung entsteht. Ein Linienblatt zu machen ist zweifelsohne weniger anstrengend, aber auch langweiliger. Daß uns die Arbeit trotzdem viel Spaß gemacht hat (und wir sie deswegen auch, wenn wir eine sinnvolle Perspektive gesehen hätten, äußerst gerne weiter gemacht hätten) liegt daran, daß immer wieder auch außergewöhnliches möglich war: Ob es die Recherche zum in Deutschland verschwundenen Plutonium war, das große 2. Juni-Interview zur Peter Lorenz-Entführung oder die Jugend-Ostprojekte-Serie.

Wir haben allerdings auch feststellen müssen, daß in Bereichen, die für uns von zentraler Bedeutung waren, die *jungeWelt* auch nicht die Diskussionen oder Aktionen hätte organisieren können, die wir notwendig gefunden hätten. Uns als MacherInnen hat das auch an die (engen) Grenzen unserer Arbeit erinnert – und in dem Moment des Konkurses waren auch das die Punkte, die für unseren Entschluß aufzuhören Bedeutung hatten: Wir wissen, daß mit einer linken Zeitung heute keine Linke organisiert werden kann und wir haben aus eigenen Erfahrungen große Vorbehalten gegenüber zentralen OrganisatorInnen. Wir verstehen linken Journalismus aber auch nicht nur als identitätsunterstützende Service-Leistung für die Szene, die dann ein bißchen mehr über sich und die tolle Hausbesetzung/super Antifaaktion/lustige Sprayerei von gestern lesen kann. Wir haben an ein paar Punkten versucht, Diskussionen zu initiieren, Kampagnen zu unterstützen, Gegenöffentlichkeit herzustellen (Hogefeld-Prozeß, Anti-EU-Gipfel, Keine Träne für Dresden, Antisemitismus und Linke). Die Resonanz war manchmal ok, selten wirklich gut, in wichtigen Fragen aber enttäuschend: Ein besonders frustrierendes Beispiel dafür sind die Nicht-Reaktionen vor allem der deutschen UnterstützerInnen-Gruppen zu unserer Kritik des Antisemitismus in *Özgür Gündem* – unerfreulich war sie vor allem angesichts des breiten Raumes, den die türkeikritische Berichterstattung in der *jW* eingenommen hat. Nun sind die Erfahrungen, die wir in der *jungen Welt* gemacht haben, nicht überraschend und auch nicht untypisch – soweit wir es beobachten können, haben andere linke Medien, aber auch linke und feministische Gruppen, die versuchen, vergleichbare Themen anzugehen, oft ähnliche Probleme. Die Frage ist aber wirklich, ob es dann richtig ist zu behaupten, »die Linke« brauche die *jungeWelt*. Wir hatten eher den Eindruck, die Zeitung wurde als kleines Extra, das man und frau sich nach Bedarf gönnt, genutzt. Das wäre auch weiterhin ok gewesen, hätten wir so bzw. perspektivisch unter besseren Bedingungen weitermachen können – die Arbeit war schließlich insgesamt befriedigend und hat, wenngleich nur sehr punktuell (z.B. beim Kaindl-Prozeß), tatsächlich geholfen, Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Uns war aber klar, daß in einer *jungen Welt*, die weniger Seiten haben wird und die von noch weniger Leuten geschrieben und produziert werden muß, genau diese Zufriedenheit mit der Arbeit abnehmen muß, weil sich auch ein bestimmtes Qualitätsniveau nicht mehr halten lassen wird. Die Mängel, die wir überwinden wollten, würden spürbarer werden müssen: Weder die notwendigen Recherchen, noch die anstehenden Diskussionen sind auch nur mittelfristig von unbezahlten oder kaum bezahlten, dafür aber in noch höherem Maß überarbeiteten Leuten zu leisten, zumal Zeitungmachen eine Arbeit ist, die ein hohes Maß an Professionalismus verlangt (was nicht heißt, daß die Zuarbeit von Nicht-Profis nicht wichtig und sinnvoll ist – deswegen haben wir gerne und viel mit PraktikantInnen gearbeitet – aber das setzt erstmal voraus, daß ausreichend journalistisch qualifizierte Leute da sind, die Zeit und Lust haben und ansprechbar sind). Zudem war absehbar, daß die Reduzierung des Umfangs auch den Pluralismus von Stilformen, Positionen und Themen in der *jungen Welt* deutlich vermindern wird. Kurz: Die neue *junge Welt* würde nicht mehr, wie wir es für dringend nötig gehalten hätten (und mit Berlin/Neuland-Seite und Dossiers/Literaturbeilagen sowie der Option auf einen vollständigen Berlin-Teil ansatzweise getan haben), auf

Ausbau und Qualitätsverbesserung setzen können, sondern auf Sparen um zu Überleben. An die Stelle des Angebots tritt der Solidarisierungsdruck. Und das kann einer Zeitung nicht nützen, denn die Linke, die Szene, das Publikum (wir alle) ist nicht gnädig, leidenschaftlich selbstkritisch und großzügig, sondern im Allgemeinen erstmal schnell beleidigt, empfindlich und gelegentlich etwas kleinkariert. Wer nicht nur von ihren Abos abhängig ist, sondern auch noch vom direkten Wohlwollen, von ihren Spenden und direkter Unterstützung, verkneift sich den einen oder anderen Text, überlegt sich, ob und gegen wen gekoffert werden kann. An die Stelle kritischer Solidarität droht opportunistische Ausgewogenheit zu treten.

Daß die Solidarisierung mit der *jungen Welt* die Verkaufs-Ergebnisse bringt, die wir im Augenblick beobachten, erstaunt (und freut uns an sich) erstmal – gerade weil die Resonanz auf die politischen Initiativen der Zeitung und auf unsere Aufforderungen zu abonnieren, damit wir ausbauen können, so verhalten waren, hätten wir damit nicht gerechnet. Wir haben allerdings den Eindruck, daß es eine Diskrepanz gibt, zwischen der engagierten gemeinsamen Anstrengung für die Steigerung der Abozahlen und dem Interesse/den Möglichkeiten (von Redaktion und LeserInnenschaft) sich inhaltlich mit und in der Zeitung auseinanderzusetzen.

Die *junge Welt*, die wir heute vorfinden und für die wir manchmal noch schreiben, ist nicht mehr die *junge Welt*, in der wir als RedakteurInnen gearbeitet haben (und ganz offensichtlich will sie es auch nicht sein). Uns ist die politische Zielsetzung, sind die journalistischen Prinzipien der neuen Redaktion unklar. Wir haben aber den Eindruck, daß im Augenblick versucht wird, gleichzeitig ein Szene-Hausblatt, eine Ostzeitung, ein Männermagazin und ein antinationales Linienorgan herzustellen – was aufgrund der knappen Ressourcen und des immens hohen Druckes nicht zu einer produktiven Auseinandersetzung in der Zeitung, sondern zu einem eher beziehungslosen Nebeneinander von Texten führt: auf Seite 3 feiert – man wendet sich an »die LeserInnenschaft« – das ansonsten verbannte große I nochmal ein kleines Comeback, auf Seite 4 wird »feministische Grammatik« zum Nebenwiderspruch erklärt und »political correctness« als Ursache für den Zerfall der Linken ausgemacht. Auf der »Kapital«-Seite wird kurz mal der Zusammenhang von Lohn- und Hausarbeit gestreift, im Kommentar kommt der Hauptwiderspruch zu neuen Ehren.

Wiglaf Droste - der auch in der alten *jungen Welt* geschrieben hat, allerdings nur unter der Maßgabe, daß diese Texte weder sexistisch sein, noch in irgendeiner Weise den Nationalsozialismus (z.B. durch Wortspiele) relativieren durften – gibt mit News über seine Lesetournee einmal mehr Anlaß zum Ärgern.

Daß es keine feministische Frauenredaktion mehr gibt, paßt leider gut in dieses Konzept, das in dieser Beziehung auch viel mehr an den deutschen Zeitgeist angepaßt ist, als es seinen Protagonisten lieb sein kann. Denn Deutschland 1995 ist nicht nur Begeisterung für den kroatischen Volkskrieg, sondern auch die Zuspitzung reaktionärer Bevölkerungs- und Reproduktionspolitik.

Ein Engagement für das Weiterexistieren der *jungen Welt* kann deswegen unseres Erachtens nicht losgelöst sein von einer politischen Auseinandersetzung mit Konzeption und Ausgestaltung des Blattes: Und das ist zur Zeit eher eine Aufforderung an die LeserInnen, als an die MacherInnen. Nur so kann nämlich geklärt werden, wofür wir eine linke Tageszeitung brauchen (wollen) – und erst dann kann sich herausstellen, ob die jW das leisten kann und will. Wir selbst als ehemalige RedakteurInnen der *jungen Welt* empfinden uns momentan als denkbar schlecht plaziert, um in einer solchen Auseinandersetzung eine größere Rolle zu spielen. Doch diese Debatte, wenn sie denn zustande käme, wäre vielleicht auch ein Schritt nach vorn in der Debatte über Linke und Medien, die seit Jahren vor sich hin dümpelt und die sonst immer nur dann aufflackert, wenn wir (erstaunt und empört nehmen wirs zur Kenntnis) gerade mal wieder unheimlich fies von den bürgerlichen Medien in die Pfanne gehauen worden sind.

Klaus Dreyer (Ex-Inland)
Miriam Lang (Ex-Reportage)
Charlotte Öder (Ex-Inland)
Oliver Tolmein (Ex-Chefred.)
Annette Weber (Ex-Frauen)

PS am Schluß.: Nein, daß die *jungeWelt* jetzt eine selbstverwaltete GmbH ist, ist keineswegs eine Garantie dafür, daß jetzt alles irgendwie besser werden kann, weil die Kapitalseite fehlt: Selbstverwaltungstechnisch gesehen war die *taz*, um nur mal ein hübsch exotisches Beispiel zu nennen, auch in den Zeiten, als sie sich als Fachblatt für Sexismus und grünbewegten Parlamentsopportunismus profilieren konnte, ein 1a Hoffnungsträger (ja, damals auch noch von manchen HausbesetzerInnen und Autonomen).

SEITE 6 – SONNTAG/MONTAG, 30. APRIL/1. MAI

BRANDENBURG-INFOS

Punks randalierten: Sieben Polizisten verletzt

■ Zobersdorf – Bei Ausschreitungen randalierender Punks in Zobersdorf (Elbe-Elster) sind am Freitag abend sieben Polizisten durch Steinwürfe verletzt worden. Zu der Randale kam es am Rande eines Konzerts der Punkgruppe „Teleterror", zu dem Fans aus allen neuen Bundesländern angereist waren.

Wie der Sprecher des Cottbuser Polizeipräsidiums, Bernd Fleischer, mitteilte, hatten etwa 500 Jugendliche den Ort regelrecht verwüstet. Vorbeifahrende Autos wurden mit Steinen beworfen, eine Telefonzelle demoliert, Holzzäune herausgerissen und mehrere Lagerfeuer entlang der Dorfstraße entzündet. Die Polizei nahm noch in der Nacht 25 Personen fest.

Ungeachtet mehrfacher Platzverweise hielten sich am Sonnabend in Erwartung eines weiteren Konzertes noch immer etwa 300 Punks in Zobersdorf auf. Die Zahl der Festgenommen erhöhte sich auf insgesamt 115. Das zweite für Sonnabend abend geplante Punk-Konzert wurde polizeilich verboten. *sel*

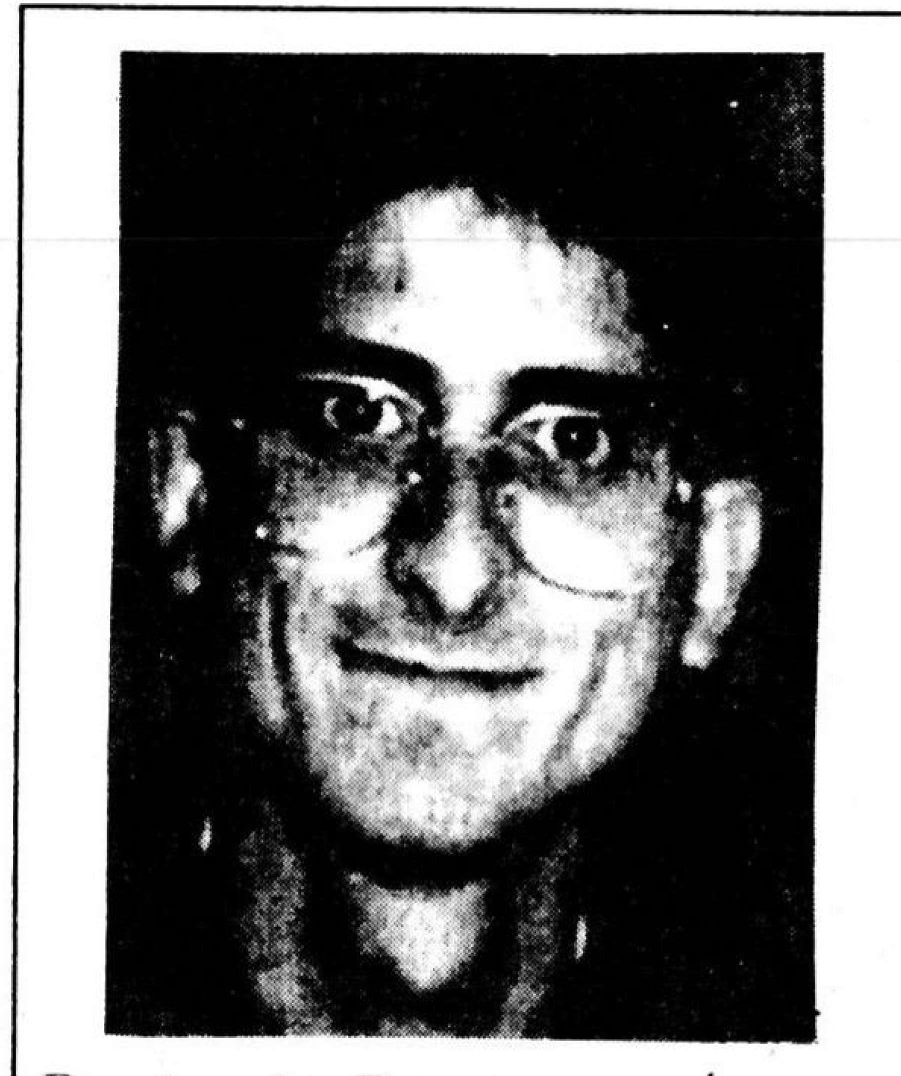
Spanischer Internationalist in Auslieferungshaft

Freiheit für Benjamin Ramos Vega

Zur Zeit läuft in Berlin ein Auslieferungsverfahren des spanischen Staates gegen Benjamin Ramos Vega. Benjamin war viele Jahre in Barcelona in der Linken aktiv, bis er im Mai 94 untertauchen mußte, weil nach ihm wegen "Unterstützung der ETA" gefahndet wurde. Im Januar 95 wurde er in Berlin festgenommen und sitzt seitdem in Moabit in Isolationshaft.

Das Auslieferungsbegehren beruht einzig und allein auf Aussagen, die unter Folter zustandegekommen sind. Das Belastungsmaterial gegen Benjamin erpresste die Guardia Civil von Pipe, einem Genossen, der Ende April 94 in Barcelona wegen "Mitgliedschaft in der ETA" verhaftet worden war. Pipe widerrief später vor dem Haftrichter alle Aussagen.

Daß auf der Grundlage des Antiterrorismusgesetzes in Spaniens Polizeirevieren und Knästen systematisch gefoltert wird, haben Benjamins AnwältInnen anhand von Berichten internationaler Menschenrechtsorganisationen ausführlich dokumentiert. Das zuständige Kammergericht sah sich daraufhin bemüßigt, beim Auswärtigen Amt eine Stellungnahme darüber anzufordern, ob Benjamin im Falle seiner Auslieferung Folter drohe. Das Verfahren wurde bis dahin unterbrochen.



Benjamin Ramos

In jedem Jahresbericht von amnesty international wird die alltägliche Folter an politischen Gefangenen in Spaniens Knästen angeprangert. Daß die sozialdemokratische spanische Regierung paramilitärische Killerkommandos aufgebaut und für ihre Morde an baskischen Oppositionellen mit Geldern aus dem Innenministerium bezahlt hat, stand auch in der BRD in jeder Zeitung. Trotzdem gilt Spanien, Mitgliedsstaat der EG und des Schengener Vertrages, der bundesdeutschen Regierung und ihren Asylbehörden als "verfolgungsfreies Herkunftsland", gemäß der Logik: in der EG gibt es keine politische Verfolgung, also auch nicht in Spanien...

Die Rechte politisch Verfolgter wurden in der EG seit den 70er Jahren schrittweise ausgehöhlt. Das von der BRD initiierte Europäische Antiterrorismus-Übereinkommen von 1977 schreibt fest, daß es keine politischen, sondern nur noch "terroristische Straftaten" gibt, bei denen grundsätzlich ausgeliefert wird. Im Zuge der Abschaffung des Asylrechts im Rahmen der Schengener Verträge wurden die europäischen Staaten zu einem einheitlichen Rechtsraum erklärt, in dem es per Dekret keine politische Verfolgung gibt. Dementsprechend sind gegenseitige Auslieferungen politischer Flüchtlinge an ihre jeweiligen Verfolgerstaaten innerhalb Europas sowohl einfacher als auch häufiger geworden:

- Bis 1981 wurden Auslieferungsbegehren des spanischen Staates für baskische Flüchtlinge von französischen Gerichten noch grundsätzlich abgelehnt, da "die ihnen vorgeworfenen Taten ... so schwer sie auch sein mögen, ... im Rahmen des Kampfes eines Teils der Bevölkerung ... mit dem Ziel begangen wurden, politische Autonomie zu erhalten". 1984 lieferte Frankreich erstmals drei baskische Flüchtlinge an Spanien aus; als Begründung diente der Beitritt Spaniens zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Seit 1986 hat Frankreich über 300 BaskInnen an Spanien, zum Teil ohne Gerichtsverfahren, ausgeliefert.
- Irische politische Gefangene werden innerhalb der EU von Staat zu Staat weitergereicht und mit Prozessen überhäuft. Pat Murray, gegen ihn und drei weitere IrInnen läuft gegenwärtig in Celle ein Prozess, sitzt seit fast sechs Jahren ohne Urteil zuerst in Frankreich, jetzt in der BRD in Auslieferungshaft, jetzt erwartet ihn die Auslieferung an die britische Justiz. In einem anderen Auslieferungsverfahren gegen Gerry Hanratty stellte das Oberlandesgericht Düsseldorf fest, daß Folter kein Auslieferungshindernis sei. Gerry wurde 1992 nach Großbrittanien ausgeliefert, obwohl schon ein britisches Gericht anerkannt hatte, daß er von Schließern zweimal gefoltert worden war.
- Die BRD schiebt nicht nur KurdInnen in die Türkei ab, sondern fordert inzwischen von anderen Staaten die Auslieferung von Mitgliedern der kurdischen Befreiungsbewegung. Der Europasprecher der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK Kani Yilmaz, der sich aufgrund einer Einladung der Labour Party in Großbrittanien aufhielt, wurde dort auf Verlangen der BRD im Oktober 94 festgenommen. Die BRD fordert seine Auslieferung, um ihn wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" zu verurteilen.

Kundgebung, 22.5.95.
18.00 Uhr Knast Moabit

Diese Praxis ist Bestandteil der Innenpolitik der "Festung Europa". Die Formierung der europäischen Staaten besteht zum einen in der Abschottung der Außengrenzen und der massenhaften Abschiebung von Flüchtlingen, zum anderen in der Intensivierung sozialer Kontrolle, beispielsweise durch maschinenlesbare Personalausweise und Chipkarten, und dem Ausbau der "Inneren Sicherheit". Die Repression gegen linke Bewegungen ist schon lange keine nationale Angelegenheit mehr, sondern wird in Organisationen wie TREVI und den Ministerrunden der Schengener Vertragsstaaten gemeinsam geplant und vorangetrieben. Es ist fast überflüssig zu betonen, daß die BRD als imperialistische Führungsmacht diese Entwicklung maßgeblich bestimmt.
Bereits sechs Wochen nach der Installierung des neuen Fahndungssystems SIS (Schengener Informationssystem), das die Dateien der verschiedenen Polizeien europaweit verbindet, gab Geheimdienstkoordinator Schmidbauer feierlich bekannt, daß aufgrund des neuen Systems 30% mehr Festnahmen von Illegalen und Gesuchten zu verzeichnen seien. Auch die Festnahme von Benjamin, bei der spanische Bullen beteiligt waren, wurde in der spanischen Presse als Erfolg des Schengener Vertrages gewürdigt.

Sicher, die "Festung Europa" ist mächtig und bedeutet konkrete materielle Gewalt, zum Beispiel für Flüchtlinge, die beim Versuch, die Grenzen zu überqueren, in der Straße von Gibraltar oder in der Oder ihr Leben lassen; für die, die in den Abschiebeknästen und Polizeiwachen wie auch auf der Straße der rassistischen Gewalt ausgesetzt und von Abschiebung bedroht sind.
Sicher, auch die Bedingungen, hier Widerstand zu leisten, sind schwieriger geworden. Wir denken dabei an Halim Dener, an Wolfgang Grams und an die baskischen und irischen GenossInnen, die durch gezielte Todesschüsse auf offener Straße hingerichtet wurden; an die politischen Gefangenen, die in den Knästen Europas zum Teil seit fast zwanzig Jahren eingesperrt sind; und nicht zuletzt an die Kriminalisierung des linken und antifaschistischen Widerstandes hier in der BRD.

KUNDGEBUNG
MONTAG, 22.5. 1995
18.00 UHR
KNAST MOABIT
(RATHENOWER STRAßE)

Umso notwendiger ist es, dieser Repression gemeinsam und entschieden entgegenzutreten
Widerstandsbewegungen gibt es innerhalb wie außerhalb Europas, selbst wenn sie schwach und voneinander isoliert sind. Als Linke und InternationalistInnen begreifen wir uns und unsere Praxis hier in einem solidarischen Zusammenhang mit allen, die um eine Veränderung der herrschenden Verhältnisse kämpfen.
Internationale Solidarität heißt für uns im Bewußtsein der Unterschiedlichkeit der Bedingungen und Kämpfe zu lernen, mit Widersprüchen umzugehen und sich trotz aller Unterschiede aufeinander zu beziehen. Aus diesem Verhältnis heraus fühlen wir uns auch den GenossInnen der Befreiungsbewegungen wie im Baskenland und in Kurdistan verbunden, die von den europäischen Staatsapparaten verfolgt und kriminalisiert werden.
Solidarität muß einen praktischen Ausdruck haben. Das bedeutet beispielsweise, Widerstand gegen Abschiebungen zu organisieren, sich gegen die Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD zu wehren und eben auch, daß GenossInnen aus anderen Ländern, wenn sie hier festgenommen werden, mit unserer Solidarität rechnen können.
Benjamin wird mit allen seinen Kräften gegen die Auslieferung kämpfen. Unterstützen wir Benjamin !

Benjamin wird am 22.5.95 dreiunddreißig Jahre alt.
Aus diesem Anlaß findet eine Kundgebung vor dem Knast in Moabit statt.
Montag, 22.5.95 18.00 Uhr Moabit
Kommt alle!

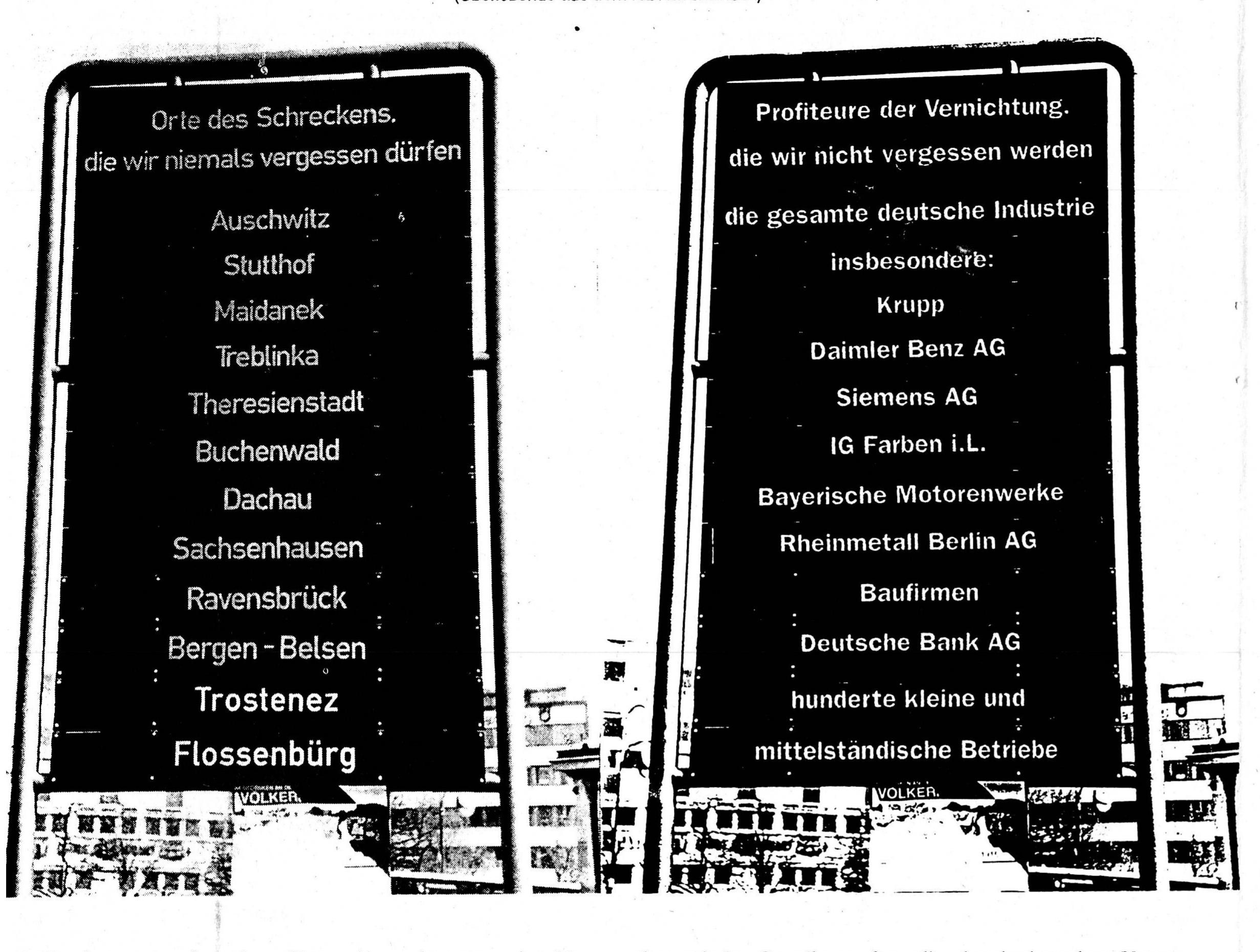
V.i.s.d.P und weiter Informationen :
Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
Wilhelmstr. 9 10963 Berlin Fax / Tel 215 85 39

KEINE AUSLIEFERUNG VON BENJAMIN RAMOS VEGA AN DEN SPANISCHEN STAAT!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos; Rote Hilfe Berlin (Aktivengruppe)

„Der Weg zum Krematorium führte am Siemens-Lager vorbei."

(Überlebende aus dem KZ Ravensbrück)



Hunderte von deutschen Unternehmen benutzten im Nationalsozialismus die Arbeitsleistung von KZ Häftlingen, Kriegsgefangenen, GhettobewohnerInnen und aus den besetzten Ländern verschleppte Frauen und Männer.
Das von den Nationalsozialisten formulierte Ziel „Vernichtung durch Arbeit" bot der deutschen Landwirtschaft, den Rüstungsunternehmen, der Pharmaindustrie und unzähligen klein- und mittelständischen Betrieben, die Möglichkeit, gemeinsam mit SS und Wehrmacht ein System der Zwangsarbeit zu entwickeln und auszubauen, daß für den Großteil der davon Betroffenen in die Vernichtung führte.
So überlebten von 2 Millionen jüdischen Zwangsarbeiter-Innen nur 10% die skrupellose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.
Dagegen schafften es die Unternehmen und Betriebe durch den Einsatz der ZwangsarbeiterInnen sowohl die gigantische Kriegsrüstungsproduktion auszuweiten, wie auch ihre Profite zu steigern.
So hat zum Beispiel die Bayerischen Motorenwerke (BMW) seine Produktionswerte (Umsatz) während der Wiederaufrüstungsphase in Bezug auf das Jahr 1933 vervierfacht und während der Kriegsjahre verzehnfacht.
Nur einige wenige Verantwortliche von nur drei Konzernen (Flick, Krupp, IG Farben) wurden in den Nürnberger Prozessen für ihre Verbrechen verurteilt. Wenige Jahre später wurden die Urteile aufgehoben und konfisziertes Vermögen ihnen und allen anderen spätestens 1951 zurückgegeben.
Bruchlos konnte die gesamte bundesdeutsche Wirtschaft ihre Profit- und Machtinteressen weiterverfolgen. Daher sind Zwangsarbeit und Rüstungsproduktion im Faschismus bis heute ökonomische Grundlagen fast aller bundesdeutschen Unternehmen.
Entschädigungen für Zwangsarbeit und deren psychische und physische Folgen hat es weder durch den bundesdeutschen Staat noch durch die Industrie je gegeben. Bis heute gibt es keine gesetzlichen Regelungen, die Entschädigungen dafür vorsehen.
Das Bundesentschädigungsgesetz regelt ausschließlich Entschädigungen für erlittene KZ Haft eines kleinen Teils von Häftlingen, grundsätzlich ausgeschlossen ist die Entschädigung für Zwangsarbeit und die zahlenmäßig so große Gruppe der Kriegsgefangenen, die nicht deutschen ZwangsarbeiterInnen und Häftlinge. Da ihre Haft und /oder Zwangsarbeit als kriegsbedingt gilt, ist die Entschädigung auf noch zu schließende Friedensverträge verschoben.
Nur den zähen Verhandlungen eines Zusammenschlusses jüdischer Organisationen mit 6 Konzernen ist es zu verdanken, daß überhaupt 16.000 jüdische ZwangsarbeiterInnen aus Konzentrationslagern eine einmalige Zahlung erhielten - 16.000 von insgesamt 8 Millionen zur Zwangsarbeit gezwungenen KZ Häftlinge, Kriegsgefangene und aus den okkupierten Staaten verschleppte Frauen und Männer! IG Farben, Krupp, Siemens, AEG/Telefunken, Rheinmetall und Flick haben sich zu dieser Almosenzahlung herab gelassen ohne sie als moralische und rechtliche Entschädigung anzuerkennen.
50 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus hat die überwiegende Zahl der Opfer keinerlei Entschädigung erhalten,denn der bundesdeutsche Staat und die Industrie weigern sich bis heute, Verantwortung für die Verbrechen zu übernehmen.

bedingungslose und angemessene Entschädigung aller Verfolgten des Nationalsozialismus! Sofort!!

„Die Personalchefs der großen Firmen kamen in das Lager, um Frauen für ihre Betriebe auszusuchen. Es war ein seltsames Erlebnis für uns, Männer in Zivilkleidung zu sehen. Sie schauten etwas verlegen aus. Die Frauen mußten sich aufstellen, möglichst vorteilhaft, um den Herren zu versichern, daß sie starke junge Frauen bekommen und es sah so aus, als ob sie jeden Moment ihre Bein- und Armutsmuskeln kneifen wollten, um sie zu testen. Ein Chef bestellte 100 „Stück", ein anderer 500 oder 1.000 plus einiger Krankenschwestern oder ein paar Ärztinnen, und dann kam der nächste Kunde an die Reihe.
Wir waren uns niemals sicher, ob es von Nachteil oder von Vorteil war, mitgenommen zu werden."

(Erklärung einer Insassin des KZ Ravensbrück)

Deutsche Bank

Die Deutsch Bank kontrollierte umfassend die Konzerne Daimler Benz, BMW und die Mannesmannröhrenwerke. Sie ist nicht nur als Finanzier für deren Machenschaften mitverantwortlich, sie hat auch alle geschäfts-, produktions- und personalpolitischen Entscheidungen wesentlich beeinflußt und bestimmt.
Daher geschahen alle Kriegsverbrechen, die in diesen Werken verübt wurden (Mißhandlung von ZwangsarbeiterInnen, Mißbrauch der Häftlinge aus Konzentrationslagern, die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in Rüstungsunternehmen, Mord durch Aushungern, unmenschliche Behandlung) mit Wissen und Billigung der Deutschen Bank. Und ohne Kredite der Deutschen Bank an Rüstungskonzerne wäre die forcierte Wiederaufrüstung der deutschen Luftwaffe bis 1939 nicht möglich gewesen.

Daimler Benz AG

Der Motoren und Flugzeugproduzent Daimler Benz war der größte Rüstungskonzern im NS. Er unterstützte die Nazibewegung seit 1931. Seine Produkte waren sowohl für die NS-Massenorganisationen wie für die Wehrmacht von besonderer Bedeutung. Durch die Ausweitung der Rüstungsproduktion auf 95% der Gesamtproduktion, stieg der Umsatz bis 1944 um das Neunfache.
Den Preis hierfür zahlten die hingerichteten und gequälten deutschen kommunistischen Dreher und Schlosser, die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen, die polnischen Juden und Jüdinnen, die britischen und sowjetischen Kriegsgefangenen und die elend zugrundegearbeiteten KZ-Häftlinge - Frauen und Männer, die sich der Konzern aus den Konzentrationslagern Ravensbrück, Dachau, Mauthausen, Natzweiler und Auschwitz zum Arbeitseinsatz für seine Rüstungsproduktion holte. Der Anteil der ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge erhöhte sich kontinuierlich. Im Jahr 1944 arbeiteten mindestens 46.350 ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge bei der Daimler Benz AG.
Die Daimler Benz AG hat bis heute keinen Pfennig Entschädigung gezahlt.

Krupp

Vom Rüstungskonzern Krupp wurden nach Schätzungen 70.000 verschleppte ZwangsarbeiterInnen, über 23.000 Kriegsgefangene und mindestens 10.000 KZ Häftlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen in 81 verschiedenen Betrieben (u.a. im KZ Auschwitz) gezwungen, Zwangsarbeit zu verrichten. Nur die wenigsten Häftlinge haben die skrupellosen Arbeitsbedingungen überlebt.
Auch wenn A.Krupp und andere Verantwortliche des Konzerns wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (z.B. Zwangsarbeit) verurteilt wurden, war Krupp nach wenigen Jahren wieder auf freiem Fuß und erhielt, trotz heftiger Proteste in der ganzen Welt, sein gesamtes Vermögen zurück.
Der überwiegende Teil der ZwangsarbeiterInnen hat bis zum heutigen Tag keine Entschädigung erhalten.

Siemens AG

Carl Siemens, wie auch andere Großindustrielle, gehörte schon vor 1933 zu den wichtigsten Förderern der NSDAP. Siemens wie auch AEG/Telefunken profitierte auf zwei Arten vom Faschismus: durch Ausrüstung Lager mit Elektroinstallationen und direkt durch die Zwangsarbeitsprogramme. Schon vor dem Krieg hat Siemens u.a. in Berlin zwangsverpflichtete jüdische Frauen zu Hungerlöhnen beschäftigt. Später, in Hochzeiten der Rüstungsproduktion, beutete sie mindestens 40.000 jüdische und nicht-jüdische Lagerhäftlinge, unzählige Kriegsgefangene und verschleppte ZwangsarbeiterInnen in mehr als 30 Lagern und Werken aus. In Auschwitz und Ravensbrück unterhielt Siemens seine Werke direkt in den Konzentrationslagern. Von den bspw. 2.000 Jüdinnen aus Auschwitz, verschleppt zur Zwangsarbeit nach Ravensbrück, überlebten nur 350!
Von mindestens 40.000 ZwangsarbeiterInnen aus KZ`s erhielten 1962 nur auf Druck der Jewish Claims Conferenz 2.200 Überlebende eine einmalige Zahlung von 3.300 DM. Bis heute fühlt sich Siemens weder rechtlich, moralisch noch ökonomisch verantwortlich. Jüngstes Beispiel dafür: Anfang diese Jahres weigerte sich Siemens kategorisch die Reisekosten für überlebende Häftlinge aus Ravensbrück zur 50 Jahrfeier der Befreiung zu übernehmen.

IG-Farben

IG Farben war der größte Chemiekonzern im Faschismus. Unter schwersten Bedingungen mußten ZwangsarbeiterInnen Kautschuk und synthetische Öle herstellen. In Auschwitz unterhielt IG-Farben ein eigenes Werk, eine riesige Buna Fabrik, weshalb das KZ auch „IG Auschwitz" genannt wurde. In Monowitz baute die IG-Farben gleich ein eigenes Konzentrationslager!
Von den rund 300.000 durch IG-Farben eingesetzten ZwangsarbeiterInnen wurden 25.000 direkt durch die Arbeit umgebracht
Nur 5 von den 23 Direktoren wurden in den Nürnberger Prozessen verurteilt. Und auch sie wurden nach kurzer Zeit begnadigt und konnten unbehelligt wieder wirtschaftliche Machtpositionen einnehmen. Nachfolger der IG-Farben wurden Bayer, Hoechst und BASF.

Bayerische Motorenwerke

BMW hatte vier Werke, die gleichzeitig Außenkommandos für Konzentrationslager waren. In Allach, Außenlager von Dachau, gehörten von 13.500 ArbeiterInnen nur 1.000 zur deutschen Stammbelegschaft. Die Mehrheit waren sogenannte FremdarbeiterInnen, Kriegsgefangene und ca. 5.500 KZ Häftlinge. Getötete Häftlinge transportierte man nach Dachau, wo sie verbrannt und durch neue Häftlinge ersetzt wurden. Schon wegen der hohen Todeszahlen- insbesondere unter denen zur Vernichtung durch Arbeit eingesetzten jüdischen Häftlingen, lassen sich keine genauen Zahlen ermitteln. Klar ist, daß von 22.000 Häftlingen im Frühjahr 1945 nur noch 10.000 befreit werden konnten.
BMW hat weder Entschädigung noch Wiedergutmachung in irgendeiner Art bezahlt. Ein weiters Unternehmen, das durch die Ausbeutung und Verwertung von ZwangsarbeiterInnen im höchsten Maße profitierte und dieser Profit bis heute Teil des Vermögens ist.

Firmengruppe Rheinmetall

Die Rheinmetall Berlin AG ist Rechtsnachfolgerin der Rheinmetall Borsig AG, die im Faschismus eine der größten Rüstungskonzerne war. Aufsichsratsmitglieder, Direktoren und Vorsitzende sind die Gleichen geblieben.
Rheinmetall setzte mindestens 5.000 KZ Häftlinge zur Zwangsarbeit ein. Arbeitskräfte wurden selbst angefordert, sogenannter „Nachschub" bestellt und Selektionen organisiert. Nur aufgrund von öffentlichem Druck auf das US-Militär, Rheinmetall einen Rüstungsauftrag zu verweigern, zahlte Rheinmetall 1.507 AntragstellerInnen eine einmalige Summe von jeweils 1.700 DM.

Baufirmen

Fast alle größeren deutschen Baufirmen setzten Häftlinge aus Konzentrationslagern ein. Diese Firmen florierten nach dem Krieg erneut, als es galt, die zerstörten deutschen Städte wieder aufzubauen. Keine einzige Firma erkannte irgendeine Verpflichtung gegenüber den Überlebenden der Lager an.

Klage gegen Umweltzerstörung, Stau und Geldverschwendung - Die Tiergartentunnel

Das Bauprojekt "Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich" besteht im wesentlichen aus einem 2,9 km langen Autotunnel und einer 9,5 km (davon 3,3 km im Tunnel) langen, viergleisigen Neubau-Eisenbahnstrecke in Nord-Süd-Richtung sowie einem 1,9 km ("Verlängerung der U 5") und einem 550 m langen (U 3) U-Bahn-Teilstück in Ost-West-Richtung.
Diese "Tiergartentunnel" sind

- überflüssig
- zu teuer
- durch Verkehrserzeugung ineffektiv und umweltschädlich
- im Bau extrem umweltzerstörend

Alternativen sind nicht beachtet worden. Während der Bau von einem Kilometer Straßenbahn 10 - 15 Millionen DM beansprucht, sollen für den Kilometer "Verlängerung der U-Bahn-Linie 5" etwa 300 Millionen DM verschwendet werden, die dem öffentlichen Nahverkehr verlorengehen. Sogar an der Sanierung von Vorhandenem soll gespart werden, um U-Bahn- und Autotunnel bezahlen zu können, es sei denn, Bausenator Nagels scheinbarer Sinneswandel in bezug auf die U 5 (Tagesspiegel v.7.Mai: "Nagel stellt die geplante U 5 in Frage") hält vor, und die U 5 wird nicht weiter verfolgt. Der autobahnähnliche Straßentunnel ist allerdings mit erheblich größeren Umweltzerstörungen verbunden, und bisher von offizieller Seite noch nicht in Frage gestellt worden.

Die Kosten liegen - nach Angabe des Senats - bei 1,3 Milliarden DM für 4,2 km "U 5" (davon 1,9 km im Verfahren "Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich"), 730 Millionen für den Autotunnel und 2,5 Milliarden für den Eisenbahntunnel ohne den "Lehrter Zentralbahnhof" (Bauwerk). Zum Vergleich: Das alternative Eisenbahn-Ringkonzept der Bürgerinitiative Westtangente wird von seinen Verfassern - in der teuersten Variante - auf 1,6 Milliarden geschätzt.

Erhebliche Mittel der Bahn werden so auf eine unnötige Neubaustrecke konzentriert, die bei anderen Strecken fehlen. Im Ergebnis wird die Attraktivität und die Leistungsfähigkeit der Bahn gemindert.
Anstelle einer effektiven, dezentralen und stadtverträglichen Organisation auf vorhandenen Gleisen soll der Zugverkehr künstlich kanalisiert werden mit überdimensionalen Kreuzungspunkten. An einem städtebaulich unverträglichen Ort ist ein verkehrserzeugender Zentralbahnhof geplant.

Wenn zum heutigen Zeitpunkt 730 Millionen DM, voraussichtlich sogar noch größere Summen, in ein Paradeprojekt des Ausbaus zur autogerechten Stadt investiert werden, bedeutet das, die Finanzierung der Zerstörung jeglicher Lebensqualität und Kultur in Berlin weiter fortzusetzen - zu unser aller Schaden.

Das Ende des Tiergartens

Die Umweltauswirkungen der Tunnel sind daher in jeder Hinsicht katastrophal. Es ist überdies davon auszugehen, daß der Tiergarten aufgrund der Belastungen durch den Autoverkehr mitten durch ihn hindurch, durch die allseitige Umbauung und die Manipulation von -zig Millionen Kubikmetern Grundwasser, sowie durch die jahrelange, 40 Meter breite offene Baugrube des Autotunnels als ökologisch wertvoller Lebensraum und bedeutender innerstädtischer Erholungspark vernichtet wird.

2500 Großbäume (in 1,30 m Höhe 60 cm Stammumfang), davon mehrere hundert im Tiergarten, sowie zehntausende weiterer Gehölze sollen gefällt werden.

Mehr Grünflächen, nicht weniger!

Zur Erhaltung des Tiergartens und zur Wiederherstellung der Lebensqualität für die Innenstadtbewohner ist eine starke Reduktion des Autoverkehrs notwendig. Dafür benötigt man mehr und größere Grünflächen und natürliche Lebensräume in der Stadt (Wegfall des "Stadtfluchtverkehrs"), dezentrale Konzentrationen und ein dichtes Straßenbahnnetz.
All das wird an erster Stelle durch das Projekt Tiergartentunnel verhindert.
Wenn daher die Anti-Tunnel-GmbH wiederum die Tiergartentunnel mitverhindert, ist das eine durchaus *konstruktive* Leistung!

Klage gegen die Tiergartentunnel

So sehr zu hoffen ist, daß eine Umkehr auf der politischen Ebene erreicht werden kann, so wenig sollte eine Möglichkeit ausgelassen werden, die Tiergartentunnel, oder einige von ihnen, zu verhindern. Da die Tunnelplanung als juristisch durchaus angreifbar erscheint, will die Anti-Tunnel-GmbH notfalls den Klageweg beschreiten. Angestrebt wird eine *Klagegemeinschaft* aus Anwohnern und Naturschutzverbänden. Mit verschiedenen Anwohnern besteht bereits Kontakt. Für die Vertretung konnte der erfahrene Umweltjurist Dr. Reiner Geulen gewonnen werden.
Nach Ergehen des "Planfeststellungsbeschlusses" (Plangenehmigung) kann einen Monat lang gegen diesen Klage erhoben werden. Nach den letzten Informationen erwartet der Senat den Planfeststellungsbeschluß der Tiergartentunnel bereits im August. Der Baubeginn würde schnell folgen.
Nach dem "Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz" hat eine Klage gegen ein derartiges Bauprojekt keine aufschiebende Wirkung mehr. Folgt das Bundesverwaltungsgericht jedoch dem Anordnungsantrag von Rechtsanwalt Dr. Geulen, bedeutet das den **Baustopp** mindestens für den Autotunnel, für den dann ein neues Planfeststellungsverfahren (Genehmigungsprozedur) erforderlich sein würde. Daß der Autotunnel ein solches neues, eigenes Verfahren überstehen würde, ist unwahrscheinlich, da mehr und mehr Menschen die Täuschungsmanöver der Verantwortlichen zu durchschauen beginnen und die Autotunnelplanung als das erkennen, was sie ist: Die Fortsetzung der Westtangentenplanung, also der Planung der Nord-Süd-Autobahn quer durch die Stadt.

Spendet für die Klage gegen die Tiergartentunnel!

Bis zum Sommer werden etliche zehntausend Mark gebraucht, um nötige Gutachter (z. B. über Lärm- und Luftschadstoffbelastung), den Rechtsanwalt und etwaige Gerichtskosten bezahlen zu können. Wer etwas spenden möchte, überweise steuerabzugsfähige Spenden auf das Konto des BUND:

BUND,
Kto.-Nr.: 42 42 88 00 00
Grundkreditbank, BLZ: 101 901 00
w i c h t i g: Stichwort "Tunnelklage" einsetzen! :w i c h t i g

Sollten nicht alle gesammelten Gelder benötigt werden, gehen überschüssige Spenden von Einzelspendern, die aufgrund des Steuerabzuges nicht zurückgezahlt werden können, an den "Gemeinsamen Klagefonds" der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e. V. (Dachverband der Naturschutzverbände) - zur Unterstützung von Naturschutzklagen. Spender, die für Öffentlichkeitsarbeit gegen die Tunnel spenden wollen, können - dann nicht steuerabzugsfähig - auf folgendes Konto überweisen:

BI Westtangente, Kto.-Nr.: 303 87 00
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00
Stichwort: "Tunnel"

Wer Fragen zu den Klagevorbereitungen gegen die Tiergartentunnel hat oder sich inhaltlich beteiligen möchte, kann unter folgenden Telefonnummern Kontakt aufnehmen 611 59 94, 396 21 61, 795 16 20, 492 74 73 oder sich im Büro der Anti-Tunnel-GmbH erkundigen:229 16 45.

Wie ein Explosivkörper

Gespannte Stimmung zwischen Demonstranten und Polizei bei Autonomen-Umzug

VON CHRISTOPH STOLLOWSKY

BERLIN. „Kampf den deutschen Zuständen" – über die gesamte Breite der Straße entrollten junge Demonstranten gestern nachmittag am Nollendorfplatz ein riesiges Transparent. Und während sich etwa 600 Mitglieder autonomer und linker Gruppen dahinter versammelten, erläuterte ein Mann am Mikro den Sinn des Umzuges zum 8. Mai: Eine Gegenveranstaltung zum Staatsakt anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes solle die „Demo" sein, denn im Schauspielhaus werde von den Politikern vieles verschwiegen. „Daß NS-Leute nach dem Krieg wieder in führende Stellungen aufrückten; daß viele Nazi-Opfer bis heute auf Entschädigungen warten".

Anschließend wurde der Umzug der Männer und Frauen mit den dunklen Klamotten und Sonnenbrillen, den farbigen Haarsträhnen und Kapuzen von mindestens ebenso vielen Polizisten wie ein Explosivkörper durch die Stadt geleitet, der jeden Augenblick auseinanderzufliegen droht. Vorsichtig wählte der Einsatzleiter seine Worte. „Sehr geehrte Versammlungsteilnehmer, bitte lassen Sie uns in friedlicher Koexistenz diesen Umzug zu Ende bringen". Doch seine Aufforderung, Vermummungen „wie Kapuzen und Brillen" abzunehmen, geht im Gejohle und Trillern unter. Kaum ein Wort aus dem Lautsprecherwagen des Veranstalters an die Beamten ohne Haß in der Stimme. Verbissenheit auf beiden Seiten und verwirrte Zuschauer, die nicht mehr klarsehen, „welche Demo denn das nun wieder ist".

Vergangenen Sonntag in Mitte, jetzt am Nollendorfplatz, abends am Wittenbergplatz – jede politische Szene von der Friedensbewegung bis zu den Autonomen und strammen Linken hat in Berlin ihren eigenen Umzug organisiert und übt Kritik untereinander. Schweigemarsch und Lichterketten passen den Autonomen nicht. Das, sagt ein Sprecher, sei „eine Inszenierung des angeblich geläuterten Deutschlands". Kein riesiges Friedensfest also in Berlin wie im Londoner Hydepark. „Schade", sagt eine ältere Frau.

Und während die Demo am Landwehrkanal entlangzieht, jagen Mannschaftswagen durch die Potsdamer Straße zum Anhalter Bahnhof. Dort sind weitere Ansprachen geplant. Die Polizeiführung fürchtet Gewalttätigkeiten, denn nach einem Blick in die linke Szeneschrift „Interim" gibt es für sie kaum Zweifel, daß auch Chaoten und Anhänger der verbotenen Kurdenpartei PKK mitlaufen. Zudem sind die Demonstranten aufgeladen, weil ihnen der Weg zur Neuen Wache wegen des Staatsaktes verboten worden ist.

Rund 80 Vermummte werden fast an jeder Ecke angesprochen. „Beenden Sie ihre strafbare Handlung". Doch ohne Erfolg. Fest schließen sich die Reihen um den dunklen Block – „ohne größere Zwischenfälle" und „53 Personen festgenommen", meldet abschließend die Polizei.



GEGENVERANSTALTUNG zum Staatsakt: Am Wittenbergplatz versammelten sich linke und autonome Gruppen. Foto: Mike Minehan

...alschung, der B...
...Amsterdam und des illegal...
...itzes schuldig gesprochen. Der Schaden ...mehr als zwei Mio. Mark. Von den ursprüngli... Angeklagten im Alter von 24 bis 35 Jahren wurde d... Mehrzahl seit Prozeßbeginn im August '94 zu Haftstrafen bis acht Jahren verurteilt. BM

Mietwagen von Feuer zerstört: Brandstiftung?

■ Vier Autos der „Europcar"-Autovermietung brannten in der Nacht zu Mittwoch auf einem Parkplatz an der Rosa-Luxemburg-Straße (Mitte) aus. Die Firma geht von Brandanschlägen aus: An zwei Autos waren die Scheiben eingeschlagen, und offenbar wurde brennbare Flüssigkeit benutzt. Zerstört wurden zwei Fiat Punto, ein Opel Corsa und ein VW-Caravelle-Bus; ein Peugeot 306 wurde beschädigt. Ein Bekennerschreiben lag bislang nicht vor.

POLLEN-FLUG

...eringe allergene Belastung.



PROTEST mit einem Transparent an der Siegessäule. Foto: Wolfgang Mrotzkowski

Anarchistisches Sommercamp der Anarchistischen Föderation Hamburgs von Samstag 22. bis Sonntag 30. Juli

Nachdem es uns endlich gelungen ist, ein geeignetes Gelände zu finden, sind wir nun in der Lage, Euch genauere Infos zu schicken. Das Camp wird auf einem Platz direkt zwischen der Elbe und dem Hohedeicher Badesee in dem im Südosten Hamburgs liegenden Vierlande stattfinden. Wir haben das Gelände komplett für uns reserviert.

Das Camp ist in erster Linie zum gemeinsam Urlaub-machen und zum gegenseitig kennenlernen gedacht. JedeR kann für sich selbst entscheiden, ob sie/er wegen der angebotenen AG's, Seminare und Diskussionen zum Camp kommt oder einfach nur so.

Es werden GenossInnen aus verschiedensten anarchistischen Gruppen und Organisationen aus dem gesamten deutschsprachigem Gebiet sowie aus einigen Nachbarländern da sein. Dadurch wird dieses Treffen zu einer guten Möglichkeit sich auszutauschen, Anregungen zu bekommen und sich zu organisieren/ vernetzen.

Wenn jemand von Euch noch AG's, Seminare, Diskussionen oder ähnliches vorbereiten möchte, so möge sie/er sich bitte schon jetzt mit uns in Verbindung setzen. Bisher sind u.a. geplant:

AG Anarchismus & Ökologie

AG Anarchafeminismus

AG "Neue Wege anarchistischer Politik"

AG Organisation

AG Anarchistischer Antifaschismus

Anarchistisches Live Rollenspiel

Anmeldung: ***wir bitten Euch um möglichst*** **frühzeitige und verbindliche Anmeldung bis spätestens zum 1. Juli. Ein schnelles Anmelden ist auch in Eurem Interesse, da das Gelände nur Platz für ca. 200 von uns bietet. Ab dieser Zahl (bisher sind wir ungefähr 75) können wir keine weiteren Anmeldungen annehmen.**

Kosten: das Camp wird wegen der Anmietung eines privaten Geländes ziemlich billig. Inklusive Essen kostet es für:

SchülerInnen 100 DM, Arbeitslose, Azubis, Studis 110 DM und für Vollverdiener mind. 150 DM. Bringt das Geld bitte mit und zahlt bei Eurer Ankunft.

Was ist mitzubringen? Zelt, Isomatte, Schlafsack, Besteck, Geschirr und wenn möglich Infomaterial und Musikinstrumente.

Was kommt nicht mit aufs Camp? Drogen, Parteipropaganda, Häkeldeckchen und Leberwurst.

Wie hinkommen? Bahn und Bus:

Mit der Bahn bis Hamburg Hauptbahnhof, von dort aus mit dem 120er Bus (von 6.04 bis 23.03 Uhr stündlich) bis zur Station Overhaken (42 Minuten). Dort seht Ihr sicher schwarz- rote Fahnen auf dem Deich.

Mit dem Auto: Ausfahrt 34 der A1 (ASS Hamburg Moorfleet) raus, dann die erste Str. links (Brennerhof), immer geradeaus (recht weit) bis zur Elbe, dann links in den Spadenländer Hauptdeich, immer an der Elbe entlang bis hinter den Hafen Oortkaten. Dort seht Ihr dann bald auf dem Deich auf der rechten Seite unsere Fahnen. Dahinter ist das Camp. Die Str. heißt Overwerder Hauptdeich.

Anmeldung und weitere Infos bei:

VORSICHT: NEUE ADRESSE

AFH c/o Libertäres Zentrum
Karolinenstr. 21 Haus 2
20357 Hamburg

Oder Tel.: 040/225916 (pingo)

Bis dahin Gesundheit und Anarchie wünscht Euch die AFH

Jailhouse Rock

...dann geht der Prophet halt zum Berg. Und wenn Gefangene nicht nach "draußen" auf Konzerte gehen können, dann machen wir eben ein Konzert im Knast!

Am Freitag, dem 28. April, war es soweit: im Frauengefängnis Plötzensee traten die *"Bösen Tanten - Tuntenrock gegen Rechts"* und die Rockband *"Naughty Nelly"* unter großem Beifall auf, und sogar *"Perlen vor die Säue"*, drei "auf Staatskosten beurlaubte" Musikerinnen, gaben ihr sehr gelungenes Bühnendebut. Das Publikum - etwa 50 Frauen und wir, eine Gruppe von Studis, die sich bisher eher theoretisch mit Knast beschäftigt hat, war begeistert, und wir wurden gleich gebeten, zum Sommerfest Ende Juni wiederzukommen. Bei Kaffee und Kuchen tauschten wir Adressen aus, unterhielten uns und überlegten, warum solche schönen Veranstaltungen nicht öfter stattfinden!?

Also, wie sieht's aus? Sponsoren für eine Anlage lassen sich finden (bei uns war es der AStA der FU), und Knäste gibt's ja leider ziemlich viele! Die Genehmigung bekamen wir nach dem üblichen bürokratischen Zirkus relativ problemlos; falls Ihr noch Fragen habt, schreibt an

"Projekttutorium Knast und Alternativen"
c/o Fachschaftsinitiative Medizin, AStA FU
Kiebitzweg 23
14195 Berlin

Ich wünsche Euch allen viel Erfolg, egal ob Ihr Theater, Musik oder sonstwas macht.

Macht's gut, macht's nach, macht's besser!

Inge

Wehren wir uns gemeinsam!

Faschisten und Rassisten können nur gestopt werden, wenn ihre Taten öffentlich gemacht werden und Konsequenzen haben. Menschen, die von faschistischen oder rassistischen Terror betroffen sind, brauchen Unterstützung bei ihrer Gegenwehr.

Meldet faschistische und rassistische Aktivitäten und Übergriffe:

Antifa Prenzlauer Berg:	**442 61 74**
Antirassistisches Telefon:	**785 72 81**
Berliner AktionsTelefon:	**394 30 23**

Randale in Eschersheim

Autonome griffen Funkstreife an

Eine Gruppe von etwa 25 schwarz vermummten Demonstranten randalierte in der Nacht zum Sonntag in Eschersheim. Die Täter warfen an einer Filiale der Frankfurter Sparkasse und an einem VW-Autohaus Scheiben ein. Kurz nach dem Alarm um 0.20 Uhr wurde eine Funkstreife „sofort massiv mit Pflastersteinen und Gehwegplatten beworfen", schilderte Polizeisprecher Jürgen Linker am Montag. Dabei verletzte sich ein Polizeiobermeister durch umherfliegende Glassplitter an der Hand. Das Einsatzfahrzeug, ein Opel Vectra, wurde erheblich demoliert. Der Schaden an dem Auto wird auf über 5000 Mark geschätzt.

Anwohner hatten das 12. Revier informiert und mitgeteilt, 20 bis 25 jugendliche Randalierer würden im Bereich Am Weißen Stein „ihr Unwesen treiben". Sofort wurde der Streifenwagen an den Ort des Geschehens geschickt. Die Beamten stellten fest, daß die Vermummten bereits auf der stadtauswärts führenden Fahrbahn der „Eschersheimer" Reifen und Steine aufgeschichtet hatten, um dort eine Barrikade zu errichten. Als die Gruppe die Streife bemerkte, wurde deren Wagen mit einem Hagel von Steinen und Platten beworfen. Die Windschutzscheibe ging zu Bruch, der Vectra wurde verbeult. Die Polizei zog sich zurück und forderte Verstärkung an. Inzwischen waren die Vermummten unerkannt geflüchtet. Eine Fahndung blieb ergebnislos.

Die Beamten stellten jedoch in der Nähe — bei einer Zweigstelle der Frankfurter Sparkasse und am Autohaus VW-Müller — erhebliche Beschädigungen fest. Insgesamt hatten die Täter 13 Fenster- und Schaufensterscheiben, die gläsernen Eingangstüren und drei Leuchtreklame-Schilder eingeworfen. Der Schaden wird auf über 10 000 Mark geschätzt.

Die Polizei ordnet auch frische Farbschmierereien, die an der U-Bahn-Haltestelle Am Weißen Stein festgestellt wurden, der Aktion zu. Dort hatten Unbekannte mit roter Farbe die Worte „1 Castor — 1 Bullenwagen" aufgesprüht. Aufgrund dieser Erkenntnisse ordnet die Polizei, so ihr Sprecher Linker, die Täter „der linken autonomen Szene" zu. ric

Freie ArbeiterInnen-Union (FAU)

Anarcho-SyndikalistInnen



angeschlossen an die Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

PRESSEMITTEILUNG

Am Samstag, dem 20. Mai 1995 findet eine Diskussionsrunde zur Gründung einer regionalen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft "Freie Vereinigung aller Berufe Berlins und Brandenburgs" statt.
Ort: Cafe der Umweltbibliothek, Schliemannstraße 22, 10437 Berlin. U-Bahn Eberswalde Straße, S-Bahn Prenzlauer Allee (oder Schönhauser Allee). Beginn 11.00 Uhr.
Der Satzungsentwurf kann bei Interesse angefordert werden. Weitere Informationen: Thomas Beckmann, Tel. 033083/235



AN ALLE KREATIVEN MENSCHEN!

Wir sind ein besetztes Haus und wollen eine Kleinkunstbühne aufmachen. Alle Straßenmusikanten, Pant omimen, Theatergruppen, Artisten oder vielleicht MalerInnen die eine Ausstellung machen wollen, kurz und gut alle die sich für keine Kohle in einem kleinerem Rahmen zur Schau stellen wollen:

Meldet euch beim Kneipenkollektiv!!!
Einsteinufer 41
10587 Berlin
U = Ernst-Reuter-Platz

Trommel, Mikrofon, 1 Verstärker werden gestellt. (Geträhk und Futter auch)

REVOLUTION BRAUCHT FANTASIE

Die neue Antifaschistische Literaturliste hrsg. von Anares Nord

Kommentierte Auswahlbibliographie, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage, ca. 72 Seiten

Diese aktualisierte Zusammenstellung und Besprechung von über 300 Buchtiteln gibt dem Leser/der Leserin einen umfassenden Überblick über die zur Zeit erhältlichen Publikationen, in denen sich mit Faschismus in seinen verschiedenen historischen und gegenwärtigen Erscheinungsformen auseinandergesetzt wird.

Die Antifa-Literaturliste gibt's in zwei Ausführungen klebegebunden, kartoniert, Preis DM 7,- und als geheftete Broschüre zum massenhaften weiterverteilen (Mindestbestellmenge 25 Exemplare), Schutzgebühr DM 3,-

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

Dokumentation des Gegengipfels zur Ministerratstagung der Europäischen Union am 9.-11.12.94 in Essen



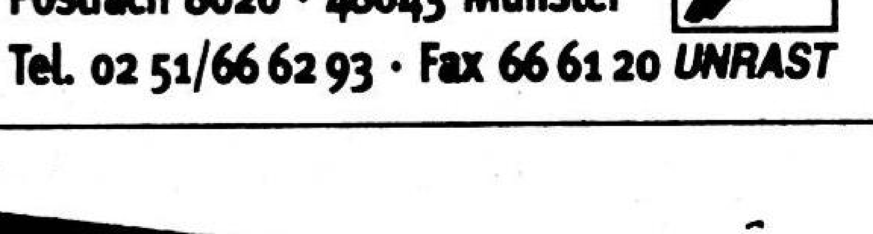
Aus dem Inhalt:

- Redebeiträge des Gegengipfels
- Kundgebungsbeiträge
- Fotodokumentation
- Ablaufchronologie
- Erfahrungsbericht zur Demo
- Vorbereitungs- und Mobilisierungsphase
- Juristisches zum Demoverbot
- Auswertungs- und Kritikpapiere

Herausgeben vom „Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel"

Umfang: 64 Seiten · Preis: 8.- DM





Unrast Verlag
Postfach 8020 · 48043 Münster
Tel. 02 51/66 62 93 · Fax 66 61 20 UNRAST

El Locco

Manager
...er Klimakatastrophe



Die Deutsche Bank und ihre Energie- und Verkehrspolitik

Herausgegeben von ROBIN WOOD

Henrik Paulitz

VERLAG DIE WERKSTATT



Banken contra dezentraler Solarenergie

Info- Diskussionsveranstaltung mit Dias Im Schatten des Kapitalismus - die Solarkollektoren sieht man/frau nicht? Der strahlende Castorbehalter ist in Gorleben - die Großbanken setzen weiter auf Atom! Warum dies so ist und die Sonne (noch) nicht für alle scheint wird anhand des Buches eines Robin Wod - Aktivisten dargestellt. Wind, Wasserstoff und Sonne wären genügend da, selbst im Industrieland Großdeutschland

Freitag 26.05. um 20.00 Uhr

Jakob: Referent.

Phoolan Devi

Phoolan Devi - Rebellion einer Banditin

Video, Indien 1994, 80 min., Regie Mirjam Quinte Dokumentarfilm über eine rebellische Inderin, die sich Bevormundung, Männerherrschaft und Kastendenken nicht fügen will. In den 70er Jahren zog sie als Anführerin einer Bande plündernd und mordend durch das nordindische Chamberl-Tal. Unter den Ärmsten genoß sie legendären Ruf, da sie mehrfach Großgrundbesitzer überfiel und erbeutetes Geld an Bedürftige verteilte. 1983 hatte sich Phoolan der Polizei gestellt und saß dann 10 Jahre hinter Gittern - mehr als je ein Mann für gleiche Taten Der Film bringt Interviews mit ihr, Verwandten, Leuten aus ihrem Heimatdorf. Er zeigt einfühlsam auf, warum für diese Frau nur dieser Weg blieb, nun sich für die an ihr begangenen Grausamkeiten zu rächen und wie wenig es in seiner Konsequenz und Härte mit Sensationshascherei zu tun hat. Eine authentischere Sicht auf die "Banditenkönigin" als der zur Zeit in den Kinos laufende Spielfilm

Mittwoch 31.05. um 20.00 Uhr

Anarchistische Bibliothek und
BARBATA
Medienladen im El Locco Café
Kreuzbergstr. 43 10965 Berlin
(U- und S-Bhf. Yorckstr.)



Einladung

Freitag 2.Juni 1995

20°° Uhr Eintritt 5.-Mark mit Bufett.

Neuerscheinung: „The 43 Group"

Antifaschistischer Kampf in Großbritannien.

1946 - 1950.

Mit dem Herausgeber vom Harald Kater Verlag.

Cafe Anbiss

Regelmäßige Termine im Cafe Anbiss,
Kreuzigerstr. 22:
Di: Vokü
Mi: Vokü
Do: Frauen und Lesben-Vokü
Fr: Vokü
immer ab 18 Uhr
Sa + So Frühstück ab 12 Uhr
Am Do den 25.5.95 ist keine Vokü, sondern
ab 12 Uhr Info- und Anlaufstelle für Friedrichshain
wegen "Herrentag".

AntiFa - Cafe' - Wedding
c/o PUTTE in der Osloer Fabrik
Filme + Vorträge + Diskussionen

So. 28.05.: Infoveranstaltung + Dias

17.°° **"Der Multimillionär Frey und die DVU"**

Daten, Fakten und Hintergründe aus dem neu erschienenen Buch des Klartext-Verlags. Anhand einzelner Kapitel soll die Gründung, Ideologie und das Umfeld der DVU dargestellt werden. Am prägnantesten die persönlichen Machenschaften des Dr. Frey mit dem Geheimdienst-Chef Gehlen bis zum Grundgesetz-Kommentator Maunz, der vor kurzem verstarb.

U8
U9 · Osloer Str. 12 · 2. HH · 2. Etage ←

Die Ausstellung **"Gorleben - und kein Ende ? Zum Stand der Dinge."** ist noch bis zum 2.Juli 95 täglich außer Samstag (für Gruppen auch nach Vereinbarung) von 18 - 24 Uhr zu besichtigen.

Im Rahmen der Ausstellung

Gorleben - und kein Ende ? Zum Stand der Dinge.

finden folgende Veranstaltungen statt

GALERIE OLGA BENARIO, Weserstr. 5, 12047 Berlin-Neukölln (Nähe U-Bhf Hermannplatz), Eingang : Restaurant "Orlando"

Do 1.6.95 19.30 Uhr **Elisa Kauffeld** (Jahrgang 1909 !) berichtet über ihren jahrzehntelangen Kampf gegen die Atombombentests

Der 8. Mai ist endlich vorbei

Am 8. Mai war mal wieder in Berlin, Reichshauptstadt, `n "Staatsakt". Was auch sonst? Immerhin wurde an diesem Tag vor gerade mal 50 Jahren von der Anti-Hitler-Koalition endlich Schluß mit der Existenz eines aggressiven Staats-Faschismus in Europa gemacht. Nachdem man zunächst in der alten West-BRD diesem Datum bis in die 70er Jahre wg. der kontinuierlichsten Kontinuitäten nicht so recht gedenken konnte und wollte, und sich die DDR bereits in den 50er Jahre kurzerhand auf die Siegerseite der Geschichte mogelte, haben wir nun am diesjährigen 8. Mai allerorten Feiereien, Gedenkereien und dann auch noch zu allem Überdruß einen "Staatsakt" zugemutet bekommen. Und mittlerweile weiß man, daß die sich häufenden "Staatsakte" in Berlin immer auch die Stunde der beliebigen Demoverbote und der gewalttätig demonstrierenden Bullen sind.

Was ist nun aber mit den Inhalten? Muß man gerade als einfacher, gerade mal drei Jahrzehnte alter, Autonomer tatsächlich eine Antwort auf die zwischenzeitlich von Oben gestellte Frage geben, ob man den politischen Zusammenhang des 8. Mai nun in deutschen Landen nachträglich lieber eine "Befreiung" oder vielleicht doch eher eine "Niederlage" nennen möchte? Dabei ist doch diese Frage in einem staats- und machtpolitischen Zusammenhang sowohl schon beantwortet als zwischenzeitlich auch schon fast egal geworden: Am Ende Nazi-Deutschlands stand nicht irgendeine diplomatische Verabredung, sondern schlicht und ganz unmißverständlich die "bedingungslose Kapitulation". Und das alles so völlig "ohne jeden Schnick-Schnack", wie es ein uns lieb gewordenen älterer Genosse manchmal so wuchtig ausdrückt. Also: Was soll das ganze Gezappel? Der 8. Mai 1945 war gut so! Und das haben auch die heutigen Nazis und die neu eingekleideten smarten Rechten nicht vergessen. Deswegen müssen sie doch auch in ihren teuer zusammengekauften öffentlichen Manifestationen mit diesem Datum so kläglich lavieren und herumwinseln. Und immerhin entstand nach diesem denkwürdigen Datum, in Gestalt der aus einem antinazistischen Gründungskonsens erwachsenen UNO, und in der Form der beiden Staaten BRD und DDR, der noch nicht völlig mißlungene Versuch, etwas besseres (nicht nur) aus der deutschen Geschichte zu machen.

I. Fünfzig Jahre sind ein halbes Jahrhundert!

Das ist wirklich eine lange Zeit. Und das gilt sowohl für die Biographien eines jeden einzelnen, als auch für die Politik. Zwischenzeitlich hat sich ja doch so einiges getan. Klar, ein Satz für die Illustration dieses Gedankens ist etwas kurz. Und doch ist es uns wichtig an dieser Stelle zwei richtige Sachverhalte festzustellen: So gut wie alle Autonomen haben glücklicherweise keine Weltkrieg II-Erfahrungen mehr persönlich erleiden müssen und die DDR ist vor kurzem flöten gegangen. Was will uns das sagen?

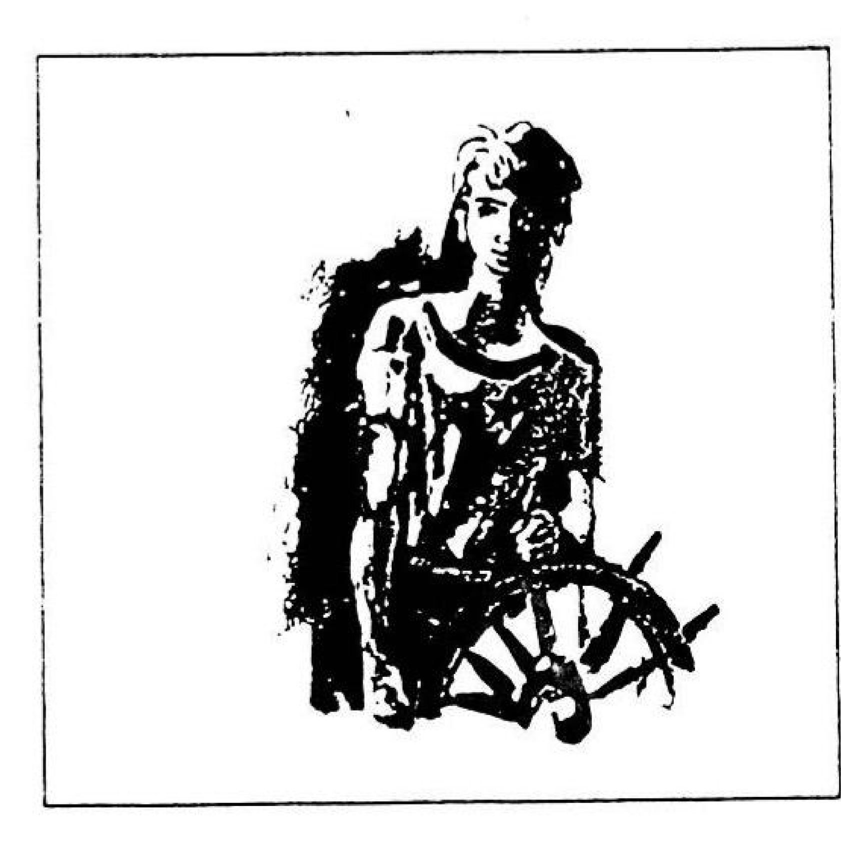
Die von Autonomen zur bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands vorgenommene politische Positionierung muß - an der Schwelle zum 21. Jahrhundert - eine andere sein, als die Positionen derjenigen politischen Kräfte und Strömungen, die das Glück hatten, den Nazismus direkt militärisch niederzukämpfen. Kräfte und Strömungen übrigens, die daraus unmittelbare tagespolitische Konsequenzen für einen gesellschaftlichen Neu- und Wiederaufbau (nicht nur) in den Landen der beiden Nachfolgestaaten des NS-Staates gezogen haben. Dieses Anliegen ist deshalb umso dringlicher geworden, weil die nach der Auflösung der DDR neu entstandene Berliner Republik als Staat faktisch aus den unmittelbarsten düsteren Schatten des III. Reiches herausgetreten ist. Für die Form der Geschichtsbetrachtung als auch für jede Form der aktuellen Politik ergeben sich damit, gegenüber dem Zeitraum von vor `89, scharf veränderte Perspektiven.

II. Was bloß nicht mehr tun?

Wir leben (manchmal auch gern) in einem Land in dem von Oben oft auf "viel große Geschichte" gemacht wird. Dann soll Unten das Gedächtnis kurz, die Kritik klein und die Gegen-Politik verschwunden sein: "Schnell, schnell, schnell, wer hat noch irgendwo was gelesen? Das Foto ist o.k. Ja, der "Schwur" von Buchenwald, die "Wurzeln des Nazismus vernichten", kommt gut. Der Kohl instrumentalisiert alles, pah Heuchler!"

"Schwur", "Wurzeln", Vernichten": Das sind doch tatsächlich von Autonomen zitierte Worte am Ende des 20. Jahrhunderts. Na, wenn die "Politik heute" zu erfordern scheint, "Große Geschichte" im Schnelldurchgang zusammenzuzramschen, dann kann schon ruhig auch mal die eigene Sprache verloren gehen. Und eh man und frau Autonom sich versieht, wird auch schon das Propagandafoto der beiden Rotarmisten mit der Sowjetfahne über den Reichstag als das Symbolfoto für die Niederschlagung des Nazismus ausgerechnet für eine eigene Manifestation benutzt. Da werden sich aber sowohl die Herausgeber einer 8. Mai-Gedenkbroschüre des Berliner Senats als auch Ex-Stasi-Chef Erich Mielke gefreut haben. Denn die verwenden ja auch kein anderes Foto. Stalinistische-Staats-Antifaschisten und Autonome gemeinsam gegen Adolf Hitler! Schön, das es soetwas noch gibt. Aber was hat soetwas mit einer aus der tätigen Gegenwart zu begründenden politischen Positionierung von Autonomen zu tun? Die richtige Antwort auf diese Frage lautet: Nichts.

Jeder Versuch aus dem, bekanntlich nicht immer glücklichen, Verlauf der "deutschen Nationalgeschichte" in diesem Jahrhundert, für das was für die Zukunft ja immer nur spekuliert werden kann, eine Barrikade gegen die Gegenwart aufzurichten, wird politisch zum Scheitern verurteilt sein. Das Errichten von moralischen Tabus ist immer eine defensive und autoritäre Angelegenheit, die zudem, aktuell-politisch betrachtet, ohnehin nur eine hilflose Geste bleibt. So what? In der "großen Politik" und "viel Geschichte" von Oben sollen die kleinen Leute, d.h. wir heute zum verschwinden gebracht werden. Dagegen hilft keine "Große", sondern nur eine andere Gegen-Politik, d.h. immmer auch auch: Andere "Kleine Geschichte(n)" von Unten. **Timur und sein Trupp**



KAMPF DEN DEUTSCHEN ZUSTÄNDEN

8.MAI 1995

Konnten die linksradikalen Aktionen zum 8.Mai dem herrschenden Geschichtsrevisionismus und seinen Zielen etwas entgegensetzen ?

Wir schlagen sie mit unseren Inhalten !??

UND WIE WEITER ?

Ansätze und Perspektiven linksradikaler Politik - was bedeutet die Verschärfung der deutschen Zustände für unsere politische Praxis?

Kampf mit den Massen oder gegen sie ?

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Am Donnerstag, den 25.5.1995, 20 Uhr
im Ex, Gneisenaustraße 2a

EINGELADEN SIND:

Autonome L.U.P.U.S-Gruppe

★

Antinationales Plenum Hamburg

★

VertreterInnen antifaschistischer und antirassistischer Gruppen

... und ihr !!!